

Preussische Allgemeine Zeitung

Mit Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 41 – 10. Oktober 2009

G5254 - PVST: Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Die Saat ist aufgegangen

Eine türkische Studie bestätigt, wie verbreitet die Intoleranz in der Türkei ist **2**

Preußen / Berlin

»Tödliche Symbolkraft«

Schule muss islamischen Gebetsraum einrichten – Kritik am Gerichtsurteil **3**

Hintergrund

Zur Macht nur im Spagat

Zwischen Arbeiterpartei und Gesamtverantwortung: Der schwierige Weg der SPD **4**

Deutschland

Streit um 15 Ministersessel

In Berlin wird über die Zusammensetzung der neuen Regierung spekuliert **5**

Ausland

Der spanische Zentralstaat bröckelt

Katalanische Autonomisten selbstbewusster denn je **6**

Kultur

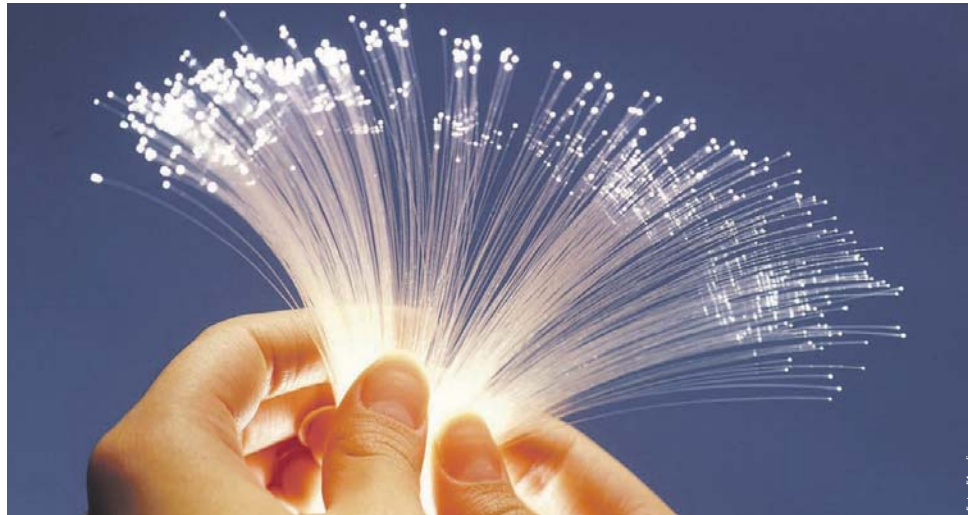
Kunst als Gipfel der Wissenschaft

Eine Ausstellung zeigt die Welt des Malers und Arztes Carl Gustav Carus **9**

Geschichte

Noch einmal hielt die Front

Vor 65 Jahren gelang der Wehrmacht in Ostpreußen ein letzter Abwehrerfolg gegen die Rote Armee **10**



Rohstoff Sand: Feine Glasfasern können enorme Datenmengen übertragen. Für diese Entdeckung gab es nun den Nobelpreis.

Foto: E. online

120 Unterhändler

Die Koalitionsverhandlungen haben ruhig begonnen – Kaum Vorab-Festlegungen

Ende Oktober sollen die Koalitionsverhandlungen nach dem Willen der Kanzlerin abgeschlossen sein. Doch dieser Zeitplan erscheint ehrgeizig angesichts des gemächlichen Tempos, mit der die Gespräche begonnen haben.

Selten war nach einer eindeutig ausgegangenen Bundestagswahl so offen, mit welchem Programm und in welcher personellen Aufstellung die neue Regierung ihre Arbeit aufnehmen würde. Denn kaum je gab es im Wahlkampf so wenige inhaltliche Festlegungen wie in diesem Jahr, und die Haushaltslage erfordert eigentlich beherrzte Reformschritte.

Der Auftakt der Koalitionsverhandlungen hat die offenen Fragen kaum kleiner werden lassen: Trotz eines engen Zeitplans wurden gleich zehn Arbeitsgruppen mit jeweils etwa zehn Vertretern der bei-

den Seiten gebildet: Auf dieser Ebene sind also einhundert (!) Unterhändler am großen Tauschen über den weiteren Weg der Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Wenn diese Arbeitsgruppen sich „festbeißen“, so wurde vereinbart, dann soll das Problem in der großen Runde der 27 führenden Politiker bereinigt werden.

Ob dieses Prozedere zu zügigen Verhandlungen führen kann, erscheint allerdings fragwürdig, wenn man nur bedenkt, dass die Posten erst ganz am Ende verteilt werden sollen. Also treibt über 120 überwiegend persönlich ambitionierte Beteiligte in sämtlichen Sachverhandlungen stets im Hinterkopf die große Frage um, wie sich diese oder jene

Sachentscheidung auf ihre ganz persönlichen Chancen auf ein Amt als Staatssekretär oder Minister auswirken könnte.

Nur eine Vereinfachung wurde noch vor den Verhandlungen getroffen: Am Tisch sitzen nicht drei Parteien, sondern zwei. CDU und CSU waren verantwortungsbewusst genug, ihre internen Unterschiede soweit auszugleichen, dass sie der gestärkten und überaus selbstbewussten FDP als ein Verhandlungspartner gegenüber treten können.

Dass in Berlin Profis in Sachen Taktik am Werk sind, wurde auch daran erkennbar, wie selten in den letzten Tagen öffentlich die Worte „muss“ und „darf nicht“ gefallen sind. Man vermeidet medi-

alen Druck und hält sich alle Optionen offen. Freundliche Worte über „Teamgeist“, „Partnerschaft“ und „Fairness“ gehören zum festen Ritual und sagen rein gar nichts über die tatsächliche Stimmung am Verhandlungstisch.

Dass die Gespräche inhaltliche Überraschungen bringen könnten, erscheint durchaus möglich. Am ersten Tag beispielsweise überraschte FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms mit dem Ruf nach Abschaffung von Hartz IV. Natürlich verstehen die Liberalen darunter etwas ganz anderes als die Linkspartei – sie wollen ein „Bürgergeld“, das alle steuerfinanzierten Sozialleistungen einschließlich der Grundrente ersetzen soll. Je nach Ausgestaltung könnte auch die Union an dem mit wenig Aufwand zu verwaltenden Instrument Gefallen finden.

Konrad Badenheuer

Auch die Liberalen wollen gern Hartz IV abschaffen

Defizit zwingt zu Reform

Gesundheitsfonds macht 2010 neun Milliarden Euro Minus

Schon vor der Wahl hatte Angela Merkel (CDU) betont, dass sie keinen Grund sehe, den Gesundheitsfonds wieder abzuschaffen, wie es die FDP fordert. Doch die aktuellen Zahlen des Schätzerkreises der Gesetzlichen Krankenversicherungen machen deutlich, dass der Fonds auch nicht so bleiben kann, wie er jetzt ist.

Mit einem Defizit von rund neun Milliarden Euro rechnen die Gesetzlichen Krankenkassen für das Jahr 2010. Ein Minus von rund drei Milliarden bringen die Kassen bereits aus diesem Jahr mit ein, obwohl die befürchteten Einbrüche auf dem Arbeitsmarkt bisher nicht eingetroffen sind. Bereits Ende 2008, kurz vor der Einführung des Gesundheitsfonds,

hatten die Krankenkassen Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) gewarnt, dass die vorgesehenen 167 Milliarden Euro wegen höherer Ausgaben nicht ausreichen dürften.

Merkel hält am jetzigen System fest

Die FDP sieht sich nun in ihrer Meinung bestätigt, dass das System des Fonds nicht funktionieren kann. Der Gesundheitsexperte der Partei, Daniel Bahr, erneuerte die Forderung, die Festsetzung der Beiträge den Krankenkassen zu überlassen. Dann sei der Anreiz für sie, ihre Ausgaben mit vorhandenen Einnahmen zu decken, weit

KONRAD BADENHEUER:

Im Olymp

Es ist gut, dass es eine weltweit anerkannte Ehrung für herausragende Leistungen auf zahlreichen Feldern der Wissenschaft, aber auch der Literatur sowie für Beiträge zur Wahrung und Durchsetzung des Friedens gibt. Der Nobelpreis gibt ja nicht nur einen größtmöglichen Anreiz zur bestmöglichen Leistung. Er begründet auch ein Stück Gemeinschaft und Öffentlichkeit: Jedes Kind der Welt kennt den Nobelpreis. Die Kriterien, nach denen er vergeben wird oder jedenfalls vergeben werden sollte, sind über nationale, sprachliche und kulturelle Grenzen hinweg anerkannt.

Während die in diesem Jahr bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitung veröffentlichten Ehrungen hohe Zustimmung fanden, darf doch daran erinnert werden, dass es auch schon mehr als fragwürdige Nobelpreisverleihungen gab, die das Ansehen dieser Ehrung (deren Stiftung durch den Erfinder des Dynamits übrigens eine Art symbolische Wiedergutmachung an der Menschheit darstellt für die grauenhaften Schäden, die der militärische Missbrauch dieser Erfindung bewirkt hat) in Frage gestellt haben. Leistungen im Bereich der Naturwissenschaften sind ziemlich objektiv feststellbar – aber wie sieht es aus mit literarischen Leistungen? Plötzlich spielte der Regionalproporz eine Rolle („endlich mal ein Afrikaner“) oder gar politische Erwägungen – man denke nur an die Ehrung von Elfriede Jelinek. Mit Ernest Hemingway wurde sogar ein mutmaßlicher Kriegsverbrecher in den „noblen“ Olymp der Literaten erhoben. Dort schwebt er nun über den Dingen – gleich neben „großen Friedenspolitikern“ wie Menachem Begin und Jassir Arafat.

Prozessaufakt verzögert

Mutmaßlicher Massenmörder will mehr Zeit zum Aktenstudium

Radovan Karadzic ist eine Symbolfigur der Vertriebungsbrechens im zerfallenden Jugoslawien der neunziger Jahre. Seit dem 30. Juli 2008 befindet sich der frühere bosnische Serbenführer im Gewahrsam des Internationalen Gerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag, doch die Eröffnung seines Prozesses hat sich nun erneut verzögert.

Am Dienstag entschied das Gericht, dass die lange vorbereitete Hauptverhandlung „wegen Verfahrensproblemen“ nicht vor dem 21. Oktober und möglicherweise erst noch etwas später beginnen könne. Dies teilte der Vorsitzende Richter O-Gon Kwon, ein Südkoreaner, bei einer weiteren Anhörung des Falls mit. Hauptgrund

für die Verzögerung ist, dass die Berufungskammer des UNO-Kriegsverbrechertribunals noch nicht über einen Antrag Karadzics entschieden hat, die Prozessöffnung sogar um zehn Monaten

Blutige Vertreibung ist Völkermord

zu verschieben. Der 64-Jährige, der sich mit Beratern selbst verteidigt, verlangt mehr Zeit, um Akten studieren zu können.

Karadzic gilt als Hauptverantwortlicher für das Massaker an mehr als 7400 bosnischen Muslimen Mitte Juli 1995 in der einstigen muslimischen Enklave Srebrenica im Osten Bosniens, das

damals noch als „UN-Schutzzone“ galt. Die Anklage gegen den Ex-Präsidenten der Republika Srpska lautet auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit in elf Fällen. In zwei Fällen ist laut Staatsanwaltschaft sogar der Tatbestand des Völkermordes erfüllt.

Völkermorde und Verbrechen gegen die Menschheit sind laut Völkerrecht unverjährbar, die durch sie geschaffenen Fakten dürfen nicht anerkannt werden. Die Prozesse um die Vertriebenen in Ex-Jugoslawien, bei denen knapp 100 000 Menschen um Leben kamen, gelten als juristische Bestätigung dafür, dass auch die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg ein unverjährbares Verbrechen ist. K.B.

MELDUNGEN

Nervös über
Afghanistan

Washington - Die Nervosität bei Militär und Regierung der USA über die Entwicklung in Afghanistan wächst offenbar rasant: Nun hat der Sicherheitsberater von Präsident Barack Obama, General a. D. Jim Jones, den US-Kommandanten am Hindukus, Stanley McChrystal, sogar öffentlich zurückgepfiffen. McChrystal hatte in einer Rede in London gefordert, die US-amerikanischen Truppen (derzeit 68 000 Soldaten) in Afghanistan um weitere 40 000 Soldaten zu verstärken. Sonst drohe den Alliierten eine Niederlage; das Land würde wieder in die Hände von Taliban und Al Kaida fallen. Jones rügte McChrystal daraufhin und forderte ihn auf, derlei Wünsche künftig auf dem Dienstweg einzureichen und sich mit Äußerungen in der Öffentlichkeit zurückzuhalten. H.H.

Kindernot
weltweit erfasst

Köln - Das UN-Kinderhilfswerk Unicef gibt eine Bestandsaufnahme über Kinderrechtsverletzungen heraus, die auf weltweiten Daten basiert. Aus der Studie geht hervor, dass mindestens 150 Millionen Kinder unter 15 Jahren hart arbeiten müssen und nur unregelmäßig oder gar nicht zur Schule gehen. Zugleich sitzen rund eine Million Minderjährige ohne Verfahren in Gefängnissen. Laut Unicef wachsen 18 Millionen Kinder in Familien auf, die wegen Krieg oder Naturkatastrophen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. 2007 kamen rund 51 Millionen Kinder zur Welt, deren Geburten nicht registriert wurden. MRK

Dieser Ausgabe liegt ein
Prospekt des Preußischen
Medien dienstes bei

Die Schulden-Uhr:
Versteckte
Schulden

Nur 40 statt 47 Milliarden Euro neue Schulden im Jahr 2009? Derzeit zeichnet sich ab, dass aufgrund niedriger Zinskosten für Staatskredite und geringerer Kosten für das Arbeitslosengeld II als befürchtet, die Neuverschuldung für den Bund nicht ganz so dramatisch ausfällt wie prognostiziert. Doch wer jetzt aufatmet, reagiert zu früh, denn in diese 40 Milliarden sind die vielen „Sondervermögen“ nicht eingerechnet. Jene äußerst euphemistisch benannte Haushaltsposition beziffert alle Schulden, die der Bund für Banken- und Unternehmensrettungen sowie Konjunkturpakete aufnehmen musste. Ob das letztendlich zu sammengenommen eher 100 oder 200 Milliarden Euro sein werden, ist noch ungewiss, da sich erst in einigen Jahren zeigen wird, welche Bank und welches Unternehmen die Kredite zurückzahlen beziehungsweise Bürgschaften zu rückgeben kann. Bel

1.621.797.452.659 €

Vorwoche: 1.619.162.329.092 €
Veranschlagt pro Kopf: 19764 €
Vorwoche: 19731 €

(Dienstag, 6. Oktober 2009,
Zahlen: www.steuernzahler.de)

Die Saat ist aufgegangen

Eine türkische Studie bestätigt weit verbreitete Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit in der Türkei

Eine von der jüdischen Gemeinde in der Türkei in Auftrag gegebene und von der Europäischen Union unterstützte Studie kratzt am Bild der als gastfreundlich gepriesenen Türkei. Doch große innenpolitische Reaktionen blieben aus.

Laut dieser Umfrage lehnen 42 Prozent der Türken Juden in ihrer Nachbarschaft ab, 57 Prozent wollen mit Atheisten nicht in einem Haus leben und 35 Prozent hegen Ressentiments gegen Christen. Hinweise für dieses bemerkenswerte Ausmaß an Intoleranz waren schon länger erkennbar. Seit dem Regierungsantritt von Staatschef Recep Tayyip Erdogan laufen Nationalisten Sturm gegen die vermeintliche Zersetzung der

Türkei durch „fremde Mächte“, eine Horrordisziplin, die die Türken seit ihrer Staatsgründung verfolgt.

Ständen noch unter den Regierungen von Tansu Ciller, Mesut Yılmaz oder dem Erdogan-Vorgänger Bülent Ecevit mehr Minderheitenrechte für die rund 15 Millionen Kurden oder für Juden, Christen und Ausländer gar nicht zur Debatte, so schien unter dem islamistischen Erdogan Tauwetter einzusetzen. Denn seine moderat-islamische AKP strebt den EU-Beitritt an und hoffte nicht zuletzt auf kurdische Wählerstimmen.

Während die AKP-Regierung darum mit der Abmilderung des Strafrechtsparagrafen 301, der

die „Beleidigung des Türkentums“ unter Strafe stellt, im Westen punkten wollte, scharfte die nationalistische Opposition unter Mitwirkung von Mitgliedern der

Viele Türken wissen
kaum über andere
Religionen Bescheid

Armeeführung neue Anhänger um sich und nutzte die Empfänglichkeit des einfachen Bürgers für gegen Minderheiten gerichtete Propaganda.

Diese Saat ist aufgegangen. Der Mord an dem armenischen Journalisten Hrant Dink und die bluti-

gen Übergriffe auf christliche Würdenträger im Jahr 2007 waren der bisherige Gipfel der Radikalisierung.

Die türkische Regierung hat dem bisher wenig entgegenzusetzen. Außer medienwirksamen Ermittlungen und einigen demonstrativen Prozessen gegen den nationalistischen Verschwörer „Ergenekon“ gab es wenig Reaktionen. So kommen Gesetzesänderungen und Maßnahmen, die die Rechte von Minderheiten stärken, nur schleppend oder gar nicht voran. Eine Wiedereröffnung des bereits 1972 geschlossenen orthodoxen Priesterseminars auf der Insel Heybeliada vor Istanbul ist nicht in Sicht. Auch christliche Gemeinden kämpfen

nach wie vor um die Rückgabe enteigneter Immobilien und die Anerkennung als Religionsgemeinschaft. Nichtmuslimischen Religionsgemeinschaften ist nach wie vor sogar die Eröffnung von Bankkonten untersagt.

So können dann auch die betroffenen Äußerungen des türkischen Vize-Premiers Bülent Arinc, der die Ergebnisse der Studie als „erschreckend“ bezeichnete, getrost als „warme Worte“ angesehen werden. Er rief die Türken auf, den Angehörigen anderer Glaubensgemeinschaften mehr Respekt entgegenzubringen. Ein Aufruf, der wohl eher als Ansage an die eigenen Regierung und an das Ausland als an das türkische Volk zu verstehen ist, und der das eigentliche Problem verschweigt.

Treffender setzen sich türkische Zeitungen mit dem Thema auseinander. So titelt der Autor der Tageszeitung „Star“, Iskender Öksiz, mit einem Koranvers: „Wir haben euch als verschiedene Völker und Gemeinschaften geschaffen, damit ihr euch kennenlernt (zusammenlebt)“. Öksiz bemüht weitere, wenig schmeichelhafte Umfrageergebnisse. So erklärten 73 Prozent der Befragten freimütig, nichts darüber zu wissen, was ein Atheist überhaupt ist. 76 Prozent wissen nichts über die jüdische Religion und 74 Prozent wissen nach eigenen Angaben nichts über den christlichen Glauben. Öksiz kommt zu dem Schluss, dass die Ablehnung umso größer ist, je weniger Wissen über eine Volksgemeinschaft oder Religion vorhanden ist.

Wenn auch die Studie für Türkei-Kundige keine wirklichen Neuigkeiten zu Tage gefördert hat, kann nun doch erwartet werden, dass das Thema Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit in dem Ende Oktober zu erwartenden Fortschrittsbericht zum EU-Beitritt der Türkei zumindest Erwähnung findet. Mariano Albrecht



Toleranz sieht anders aus: Tausende Türken demonstrierten 2006 gegen den Besuch von Papst Benedikt XVI.

Bild: epd

Tories mobilisieren gegen den EU-Vertrag

David Cameron intrigiert, doch der schwedische Ministerpräsident hält dagegen

Wenn es nach dem irischen Ministerpräsidenten Brian Cowen geht, dann haben seine Landsleute mit ihrem jetzigen Ja zum Lissabon-Vertrag „ihrem Willen Ausdruck verliehen, im Herzen Europas zu bleiben“. Skeptiker vermuten eher, dass den Iren ihr Hemd näher war als der Rock, sprich, die Finanzkrise ließ das solidarische System der Europäischen Union in einem neuen Licht erstrahlen. Beim ersten Referendum im Sommer 2008 waren die Iren aufgrund ihres Wirtschaftsaufschwungs der letzten Jahre noch voller Selbstbewusstsein, doch das ist nun geschwunden: Die grüne Insel wurde hart von der Wirtschaftskrise getroffen. Und so mancher Kritiker ließ sich von seiner Regierung überzeugen, dass man Brüssel inzwischen einige Vorteile abgehandelt habe.

Letztendlich zeigen jedoch beide Abstimmungskämpfe der Jahre 2008 und 2009, wie empfänglich die Menschen für Propaganda für oder gegen die EU sind und wie leicht Befürworter und Gegner die Masse manipulieren können. Das liegt auch daran, dass die EU mit all ihren Institutionen dermaßen unübersichtlich ist, dass kaum ein Normalbürger die jeweiligen Funktionen und Aufgaben benennen kann. Auch der Lissabon-Vertrag ist nicht dazu angetan, den Menschen zu

verdeutlichen, warum die EU für sie gut ist. Auch nach dem zweiten Referendum dürfte sich das Wissen der meisten Iren zum EU-Vertrag immer noch auf ausgewählte Argumente beschränken.

Und während dieses Mal die Befürworter der EU in Irland mit 67 Prozent obliegen, erobert auf der Nachbarinsel die Gegner des Lissabon-Vertrages die Meinungsmacht. So waren sich die britischen Konservativen nicht zu schade, auf ihrem Parteitag in Manchester Horrortafeln von der EU heraufzubeschwören. Auch soll Tory-Chef David Cameron zusammen mit dem tschechischen Präsidenten Václav Klaus eine kleine Verschwörung angezettelt haben.

In Prag haben Parlament und Senat nach einigem Ringen be-

Václav Klaus soll
mit Unterschrift
weiter warten

reits ihr Ja zum EU-Vertrag gegeben. Jetzt fehlt nur noch die Unterschrift von Klaus, doch der, ein vehementer Gegner der EU, lässt sich Zeit mit der Unterzeichnung. Diese hatte er mit den Argumenten verzögert, dass er erst abwarten wolle, bis das deutsche Verfassungsgericht eine Klage bearbeitet und die Iren befragt wor-

den seien. Beides ist nun geschehen, und jetzt fehlt nur noch die Unterschrift von Klaus und seinem polnischen Amtskollegen. Doch Lech Kaczyński hat bereits bekundet, er wolle nun bald die Ratifizierungsurkunde seines Landes unterschreiben und gen Rom zu den anderen senden.

Cameron bietet Klaus nun den unredlichen Handel an, dass, wenn dieser seine Unterschrift bis zur Parlamentswahl in England im Juni 2010 zurückhält, Cameron nach seinem erhofften Wahlsieg sofort die Briten in einem Referendum über den EU-Vertrag abstimmen lassen würde. Und auch ohne große Abstimmungskämpfe lässt sich vermuten, dass die schon immer EU-skeptischen Briten mit klarer Mehrheit gegen den Vertrag stimmen würden. Aus diesem Grund hatte die Labour-Regierung diesen auch gar nicht ihrem Volk vorgelegt. Dieses fühlte sich übergangen, und daher stößt David Cameron mit seinen neuesten Angriffen gegen die EU auf offene Ohren. Auch scheint sich kaum jemand auf der Insel daran zu stoßen, dass die Tories bereits vor Monaten aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei ausgetreten sind und nun einen isolierten Block mit weitgehend aus Osteuropa stammenden Splitterparteien bildet.

Der „Spiegel“ bezeichnet vor kurzem die neuen Verbündeten

der britischen Konservativen als „unappetitlich“, da es sich weitgehend um EU-skeptische NS-Verehrer, Antisemiten und Schwulenhasser handle. Doch derzeit wurmt die Briten etwas anderes viel mehr. Denn ihre geschwächte Labour-Regierung will mit Unterstützung der Franzosen und der Deutschen ihren geschas-

Stockholm
will die Tschechen
locken

ten Ex-Premier Tony Blair in das Amt des EU-Präsidenten hieven. Dieses Amt entsteht neu, wenn alle 27 Mitgliedsstaaten den EU-Vertrag ratifiziert haben.

Die Vorstellung, dass Tony Blair ein hohes Amt in der EU bekommt, ist den meisten Briten zu viel des Guten. Noch heute nehmen sie es Blair übel, dass er sie aufgrund seiner engen Partnerschaft mit dem ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush in den Irakkrieg involvierte.

Doch während in London und Prag die Gegner des EU-Vertrages diesen noch zu verhindern suchen, arbeitet Stockholm am Gegenschlag. Der schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt, derzeit EU-Ratsvorsitzender, droht den Tschechen damit, ihnen bei der Besetzung der neu-

en Kommission im November ihren Kommissar zu entziehen. Das ist laut dem Vertrag von Nizza durchaus rechtes, denn der sieht nicht für jedes Land einen eigenen Kommissar vor. Erst wenn Lissabon Nizza ersetzt, ändert sich dies. Allerdings soll Prag den nächsten EU-Ratspräsidenten für die Außenpolitik, also den Nachfolger von Javier Solana, stellen. Dieser kann dann zugleich Vizepräsident der EU-Behörde werden, allerdings nur, wenn Lissabon in Kraft tritt, denn nur der neue EU-Vertrag sieht diese Ämterverschmelzung vor.

Mit diesem Anreiz möchte Reinfeldt die Tschechen locken. Er hofft, dass diese mögliche Machtfülle den Druck auf Václav Klaus erhöht. Schon jetzt geht dessen Verweigerungshaltung vielen Tschechen zu weit. Doch um seine Strategie auch umzusetzen, braucht Reinfeldt die Zustimmung von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und dem neuen tschechischen Premierminister Jan Fischer.

Wie der Portugiese Barroso entscheiden wird, hängt noch von der allgemeinen Stimmung bei den EU-Mitgliedsstaaten ab, Fischer hingegen dürfte seinen Segen geben. Dieser befürwortet den EU-Vertrag und kann die Winkelzüge seines Staatspräsidenten schon lange nicht mehr gutheißen. Rebecca Bellano

Sarrazin hat Fakten genannt

Von HARALD FOURIER

Für Berlin sei seine Prognose düster, meinte Thilo Sarrazin (SPD) in seinem aufsehenerregenden Interview mit der Zeitschrift „Lettre International“. Der frühere Finanzsenator und jetzige Bundesbankvorstand hat sich ausführlich Gedanken zu den Problemen unserer Zeit gemacht – vor allem über die wachsende Unterschicht und die nichtintegrierbaren Ausländer.

„Die Berliner meinen immer, sie hätten besonders große Ausländeranteile; das ist falsch. Die Ausländeranteile von München, Stuttgart, Köln oder Hamburg sind viel höher. Aber die Ausländer dort haben einen geringeren Anteil an Türken und Arabern und mischen sich über breite Ausländergruppen. Zudem sind die Migranten in den Produktionsprozess integriert. Während es bei uns eine breite Unterschicht gibt, die nicht in Arbeitsprozesse integriert ist. Doch das Berliner Unterschichtproblem reicht weit darüber hinaus. Darum bin ich pessimistisch.“

Das heißt, Sarrazin hat das „Unterschichtproblem“, wie er es nennt, auch aber nicht nur mit untätigen Zuwanderern begründet. Die Zahlen geben ihm recht. Von 476 000 Ausländern in Berlin haben 67 000 einen Job, das ist etwa jeder siebte. Bei den drei Millionen Deutschen in der Stadt hat jeder dritte eine Arbeitsstelle.

Demgegenüber leben türkische und arabische Migranten überwiegend von Sozialhilfe, was Sarrazin begrenzen würde: „Der Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky erzählt von einer Araberfrau, die ihr sechstes Kind bekommt, weil sie durch Hartz IV damit Anspruch auf eine größere Wohnung hat. Von diesen Strukturen müssen wir uns verabschieden.“ Außerdem hätten Araber und Türken überwiegend „keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel.“

Ein türkischer Lobbyist hielt sofort dagegen, seine Landsleute seien sehr wohl produktiv, schließlich gäbe es 10 000 türkische Unternehmen in Berlin mit 30 000 Beschäftigten. Eine Zeitung ist dem nachgegangen und hat festgestellt, dass es in Wirklichkeit nur 3000 Betriebe sind, die im „türkischen Branchenbuch“ von Berlin verzeichnet sind. Sarrazins Argumentation war also wasserdicht. Es hilft aber nichts: Auch wenn Sarrazin in der Sache recht hat, so hat er doch gegen alle Regeln der politischen Korrektheit verstoßen – und da kennen Politik und Medien keinen Spaß. Deswegen steht ihm jetzt nicht nur ein Parteiausschlussverfahren bevor. Auch sein Arbeitgeber, der Bundesbankchef, will ihn loswerden. Und die Justiz ermittelt wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Als wäre Wahrheit eine Gefahr für Demokratie.

»Tödliche Symbolkraft«

Berliner Schule muss islamischen Gebetsraum einrichten – Breite Kritik am Gerichtsurteil



Verkehrte Welt: Während in der Türkei das Tragen von Kopftüchern an öffentlichen Orten wie Schulen streng verboten ist, ist man in Deutschland deutlich toleranter. Selbst Türken fällt auf, dass man in Berlin weit mehr Kopftücher sieht als beispielsweise in Antalya.

Bild: imago

Eine Berliner Schule muss ihren muslimischen Schülern einen Gebetsraum zur Verfügung stellen. Das hat das Berliner Verwaltungsgericht entschieden. Der 16-jährige Kläger Yunus M. und Teile der Politik reagieren zufrieden. Kritiker sehen einen weiteren Schritt zur Islamisierung unseres Landes.

Es fing alles damit an, dass Yunus M. vor zwei Jahren mit einigen Schulkameraden in den Pausen betete – so wie Moslems das eben machen: Hinknien und nach Mekka verneigen. Statt eines Gebetsteppichs wurde der Anorak ausgelegt. Und schon war der Schulfloor eine Ersatz-Moschee.

Direktorin Brigitte Burchardt (58) verbot dies den Pennälern mit Verweis auf die religiöse Neutralität der Schule. Doch Yunus M. bestand darauf, fünfmal am Tag beten zu müssen, also mindestens einmal während der Schulzeit. Die Richter gaben ihm nun Recht und ordneten an, dass er Zugang zu einer 20 Quadratmeter großen Abstellkammer erhalte, damit er ungestört seinem Gebet nachgehen könne.

Die Befürworter des Urteils – sie reichen bis in die Reihen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – verweisen auf die Religionsfreiheit. Beten sei Bestandteil der „äußeren Freiheit“, die vom Staat gewährleistet werden müsse. Außerdem werde der Schulbetrieb nicht gefährdet. Überraschend war das Urteil nicht. Schon in der Vergangenheit haben sich Muslime Sonderrechte erstritten, die bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung Kopfschütteln

auslösten. Beispiele: Muslime dürfen seit 2002 Tiere schlachten (unbetäubten Tieren die Kehle aufschneiden, ausbluten lassen). Mädchen dürfen seit kurzem in Ganzkörperbadeanzügen in öffentlichen Schwimmbädern baden gehen. Und ein Mann durfte sein Kind Djihad (Heiliger Krieg) nennen. Die „Bild“-Zeitung fragte deswegen ihre Leser: „Kuschen wir vor dem Islam?“

Auf der anderen Seite wird die christliche Religion stückweise aus den Schulen gedrängt. So gab es das Kreuzifixurteil des Bundesverfassungsgerichts (1995) oder neuerdings die

der türkische Fernsehkomödiant Kaya Yanar („Was guckst Du?“) bei Sat1 sinngemäß über die Landnahme durch seine Landsleute: „200 000 Deutsche haben vergangenes Jahr einen Italienischkurs besucht. Ihr solltet besser Türkisch lernen. Denn wenn ihr Deutsche weiter so faul beim Kinderkriegen seid, dann ist Türkisch hier bald erste Amtssprache.“

Natürlich ist das überzogen. Aber für viele Einheimische im Wedding und anderen Brennpunkten Berlins wie etwa Neukölln klingt es zynisch, weil sie die Integration der Ausländer tatsächlich so erleben. Sie – die Deut-

Ein türkischer TV-Komödiant witzelte: »Wenn Ihr Deutsche weiter so faul beim Kinderkriegen seid, ist Türkisch hier bald erste Amtssprache«

Entscheidung für den Ethikunterricht in Berlin. Gegen dieses atheistische Pflichtfach haben die Kirchen im Frühjahr das Volksbegehren „Pro Reli“ initiiert. Vergeblich. Der Eindruck: Das Christentum ist auf dem Rückzug, der Islam auf dem Vormarsch.

Erst in diesem Gesamtzusammenhang erschließt sich die Erregung über den Gebetsraum. Viele Deutsche meinen, eine regelrechte Landnahme durch Moslems zu beobachten, vorwiegend Türken und Araber, die bestimmte Viertel deutscher Großstädte dominieren. Wenige Tage nach dem Gebetsraum-Urteil in Berlin witzelte

schon – scheinen es zu sein, die sich integrieren müssen. Nicht umgekehrt.

Der deutsche Bäcker gibt auf, der türkische eröffnet neu. Die deutsche Kiezkeipe wird geschlossen, ein arabisches Café zieht ein. Jedes Jahr steht ein deutscher Name weniger am Klingelschild – bis das Haus irgendwann „deutschenfrei“ ist. Der frühere Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin hat sich zu dieser besorgniserregenden Entwicklung seine eigenen Gedanken gemacht und dafür großen Ärger gemerret (siehe Kommentar links). Am Diesterweg-Gymnasium läuft in den Augen der Schwarzseher genau der

Prozess ab, den sie seit langem befürchten. 90 Prozent der Schüler haben einen Migrationshintergrund – bei den Siebtklässlern sind es sogar 98 Prozent! Das heißt, die nachwachsenden Schülergenerationen bestehen nahezu ausschließlich aus Zuwanderern. Das bringt Sprachprobleme und anderes Konfliktpotential mit sich.

Viele der wenigen noch verbliebenen einheimischen Deutschen in solchen Gegenden wie Berlin-Wedding passen sich auf ihre Art an. Der Vater von Yunus M. ist Deutscher. Er ist zum Islam konvertiert und gehört damit zu jener Gruppe von Landsleuten, denen seit der Aufdeckung der „Sauerlandgruppe“ alles Mögliche zugetraut wird. Konvertiten gelten in allen Religionen als besonders radikal, weil sie angeblich ihren „neuen Glaubensbrüdern“ beweisen wollen, dass sie es ernst meinen.

Kritik an dem Urteil kam von rechts bis links: Politiker von Grünen und SPD forderten, die Schule müsse „religionsneutral“ sein. Heinz Buschkowsky, der Neuköllner SPD-Bezirksbürgermeister und Multikulti-Kritiker, sprach von einem „Urteil mit tödlicher Symbolkraft“. Schriftsteller Ralph Giordano sagte: „Für mich ist die Nachgiebigkeit der deutschen Justiz der eigentliche Skandal. Denn der Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat wurde hier aufgehoben.“ Auch der Berliner Landeselternausschuss kritisierte, das Urteil könne bewirken, dass die Integrationsbereitschaft muslimischer Schüler weiter nachlasse. *Markus Schleusener*

Justiz unter Druck

Morddrohung wegen Ermittlungen zu den Krawallen am 1. Mai

In deutschen Großstädten nehmen die Angriffe auf Polizisten zu. Mit Eisenstangen, Steinen oder Brandsätzen werden sie attackiert. Die Höhepunkte waren in diesem Jahr der 1. Mai in Berlin und das Hamburger Schanzfest, bei dem es im September hoch herging.

Doch in der Hauptstadt hat die Gewalt eine neue Qualität erreicht. Hier bedrohen linke Gruppen jetzt einen Staatsanwalt, weil er Anklage gegen zwei Krawallmacher vom 1. Mai erhoben hat. So etwas hatte es seit den Tagen der RAF nicht mehr gegeben.

Auf einer linksextremen Internetseite ist ein Bekennerschreiben wegen eines abgebrannten Autos zu lesen, und dann heißt es: „Wir setzen dagegen unseren Lösungsansatz: System abschaffen, Profiteure und Mitmacher angreifen, besser beseitigen. Das gilt auch für den Staatsanwalt Ralph Knispel im 1.-Mai-Verfahren gegen Yunus und Rigo, selbst die

Anwälte bezeichnen ihn als befangen, wir wünschen ihm, dass er so endet wie Uwe Lieschied an der Hasenheide. Flammende Grüße nach Moabit und viel Kraft an Yunus und Rigo, Bullen sind Lügner und Mörder, lasst euch nicht einmachen.“

Erinnerung an ermordeten Polizeibeamten

Yunus K. und Rigo B. sind die Angeklagten in einem Prozess wegen versuchten Mordes, Ralph Knispel (49) ist der zuständige Oberstaatsanwalt: Den beiden Schülern wird vorgeworfen, eine Frau mit einem Brandsatz schwer verletzt zu haben. Und Uwe Lieschied, den die Autonomen erwählten? Der Familienvater war ein Berliner Polizist, der vor drei Jahren in Neukölln von einem

türkischen Straßengangster erschossen worden ist. Lieschied wurde damals von acht Kugeln durchsiebt, und dieses Schicksal wünschen die Linken nun auch dem Berliner Staatsanwalt. Der Jurist steht inzwischen unter Polizeischutz.

Das Besondere an diesem Fall ist auch das verbreitete Desinteresse in den Medien. Linke Gewalt scheint zur Normalität zu gehören. Die neuesten Morddrohungen, die zweifellos ernstzunehmen sind, haben keine Welle der Empörung ausgelöst – wie etwa im Fall des Passauer Polizeichefs Alois Mannich, der im Dezember 2008 eigenen Angaben zufolge von einem Rechtsextremisten mit einem Lebkuchmesser angegriffen worden ist.

Die Geschichte stellt sich zwar als zweifelhafte Behauptung heraus – der Täter konnte nie ermittelt werden. Dennoch löste sie ein gewaltiges Medienecho in ganz Deutschland aus. *M.S.*

Desaster für Verkehrsplaner

S-Bahn-Sperrungen gefährden jahrzehntelange Arbeit

Nach vor Monaten führen täglich 1,3 Millionen Berliner mit ihrer S-Bahn. Nach den vielen Betriebseinschränkungen haben sich rund 75 Prozent von ihnen andere Fortbewegungsalternativen gesucht. Und die verbliebenen S-Bahn-Kunden benötigen gute Nerven: Es fahren kaum noch Züge und die sind auch noch kürzer als normal. Schuld ist die miserable Wartung, die zur amtlichen Stilllegung zahlloser Züge führte (PAZ berichtete). Auf manchen Stationen ist der Andrang so groß, dass viele Fahrgäste nicht sofort in einen Zug einsteigen könnten, weil er überfüllt ist, und auf den nächsten warten müssen.

Profittiert hat davon die der Stadt Berlin gehörende U-Bahn. U-Bahn-Direktor Hans-Christian Kaiser jubelt: „Zur Zeit werden die U-Bahnen werktags für 1,6 Millionen Fahrten genutzt, rund 300 000 mehr als sonst. Die U-Bahn ist das Arbeitstier im Nah-

verkehr dieser Stadt.“ Andere sind auf Busse, Straßenbahnen oder Regionalzüge umgestiegen. Die Zunahme des Fahrradverkehrs ist eher gering. Indes: Auf den Linien U 2 und U 5 stößt auch die U-Bahn bereits an die Grenzen ihrer Kapazität.

Drei Viertel der Kunden sind abgesprungen

Schätzungsweise bis zu 500 000 frühere S-Bahn-Fahrer verabschiedeten sich ganz vom öffentlichen Nahverkehr und benutzen das Auto. „Wir beobachten einen Zuwachs des Verkehrsaufkommens auf den Autobahnen und Straßen in Berlin“, so Jens Pätzsch von der Verkehrsmanagementzentrale (VMZ). Das hat Folgen: Selbst auf bisher wenig befahrenen Straßen treten jetzt Staus auf.

Anderorts sind die Staus länger und dauerhafter geworden.

Die Frage, die die Planer umtreibt: Werden diese Fahrer auf die öffentlichen Verkehrsmittel zurückkehren, wenn die S-Bahn wieder planmäßig läuft? Es sei erfahrungsgemäß schwierig, Fahrgäste, die sich einmal ans Autofahren gewöhnt hätten, wieder für Bahnen und Busse zurückzugewinnen, heißt es aus der VMZ.

Damit wären durch die schweren Versäumnisse bei der Instandhaltung der S-Bahn, die bundesweit für Schlagzeilen sorgten, jahrzehntelange Bemühungen zunichte gemacht. Gerade die erste rot-grüne Stadtregierung in den 80er Jahren hatte einen Feldzug gegen den Individualverkehr geführt. Jetzt müssen sich die Bus- und Bahnbetreiber etwas einfallen lassen. Von den geplanten Fahrpreiserhöhungen haben sich die Bahn und der Verkehrsverbund Berlin (VBB) erst einmal verabschiedet. *Hans Lady*

Zeitzeugen



Friedrich Ebert - Noch heute erinnern die Namen zahlreicher Plätze, Straßen, Schulen und Krankenhäuser an den 1871 geborenen Sozialdemokraten...

Willy Brandt - Auf den 1913 als Herbert Frahm geborenen Friedensnobelpreisträger ist die SPD stolz. Doch in der Rückschau sieht sein Lebenswerk weniger glänzend aus...



Oskar Lafontaine - Mitte der 90er Jahre war er noch einer der einflussreichsten Sozialdemokraten, doch inzwischen ist er als Parteichef der Linken zu ihrem größten Feind geworden...

Andrea Nahles - Mit 67 Prozent hat der SPD-Vorstand die 39-jährige Parteilinke als neue Generalsekretärin nominiert. Nahles steht für eine Öffnung ihrer Partei zur Linkspartei...



Sigmar Gabriel - Wie der 50-jährige designierte SPD-Chef seine Partei aus einer ihrer größten Krisen führen will, vermag kaum einer zu sagen. In seiner Funktion als Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit...

Zur Macht nur im Spagat

Zwischen Arbeiterpartei und Gesamtverantwortung: Der schwierige Weg der SPD

Revisionismusstreit um 1900, Godesberger Programm 1959, Rot-Debatte heute: Warum nur die Absage an Linksaußen der SPD eine Machtperspektive eröffnet.

Nur gut eine Woche nach der desaströsen Bundestagswahl ließ der designierte neue SPD-Chef die Katze endgültig aus dem Sack: Möglichen Bündnissen mit der Linkspartei steht Sigmar Gabriel „angstfrei“ und „offen“ gegenüber...

Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier steht zwar noch für die Abgrenzung, doch er wird den Geruch nicht los, ein Mann von gestern, ein Vertreter der in weiten Teilen der SPD geradezu dämonisierten Schröder-Zeit zu sein...

dafür, im Grunde jede Richtung propagandistisch vertreten zu können. Eine eigene Linie ist kaum zu erkennen, weshalb sich der designierte SPD-Chef wohl jeder Richtung zur Verfügung stellen dürfte, die sich durchsetzt.

Und das scheinen derzeit eindeutig die Parteilinken zu sein. Ihr Argument: In der Mitte sei kein Platz mehr, und die Niederlage im Bund sei darauf zurückzuführen, dass zu viele SPD-Anhänger aus Frust über die Agenda-Politik zu Hause geblieben seien oder für die Linke gestimmt hätten.

Ziel ist natürlich, die SPD wieder zu der dominierenden Partei neben der Union zu machen, zur potentiellen Kanzlerpartei also. Daran gemessen aber drohen die linkschwenkenden Sozialdemokraten in eine strategische Falle zu tappen: Noch nie haben die Deutschen einen ausdrücklich linken

Kandidaten zum Kanzler gewählt. Der immer wieder angeführte Willy Brandt geht nur vordergründig als Gegenbeweis durch. Immerhin hatte er als Vizekanzler der Großen Koalition die links verhassten Notstandsgesetze mit auf den Weg gebracht, als Kanzler setzte er den bei Dunkelroten nicht minder verfehmten Radikalerlass durch. Zum Wirtschaftsminister machte er den Marktwirtschaftler Karl Schiller, sein erster Finanzminister Alex Möller

war ebenfalls alles andere als ein Linksausleger. Zudem saßen mit Brandt die Liberalen am Kabinettschisch. Brandt setzte also alles darauf, zumindest so wenig links wie möglich zu wirken.

Er wusste, warum: Der Durchbruch der SPD in den Bereich der Regierungsfähigkeit gelang historisch gleich zweimal nur dadurch, dass sie sich von ausdrücklich linken, sozialistischen Dogmen löste.

Das erste Mal geschah dies um 1900, als sich die vormals revolu-

tionäre SPD mit dem Gedanken versöhnte, das Land im Rahmen der bestehenden Ordnung per Reformen zu verbessern. Erst diese Wende ermöglichte es ihr später, ab 1918 zur bestimmenden Regierungspartei der Weimarer Zeit zu werden. Die zweite Wende zur Regierungsfähigkeit vollzogen die Sozialdemokraten mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959, als sie sich mehrere Jahre nach Beginn des Wirtschaftswunders endlich mit der Marktwirtschaft versöhnten.

Die Rolle der SPD ist kompliziert: Eigentlich Klientelpartei der „kleinen Leute“, stellte sie sich in ihren erfolgreichen Phasen trotzdem der Gesamtverantwortung und machte sich dafür auch unbeliebt bei der Stammwählerschaft. Dieser Spagat war nie einfach. Doch vor dem Hintergrund der Geschichte scheint es, dass sie nur auf diesem Wege eine Machtperspektive hat.

Geht sie den einfacheren Weg des Linkspopulismus, dann dürfte sie für lange Zeit von der Kanzlerschaft ausgeschlossen bleiben.

Hans Heckel

Selbst Willy Brandt versuchte, nicht so links zu erscheinen



Partei mit langer und wechselvoller Geschichte: Nun muss sich entscheiden, wieviel Zukunft die SPD noch hat.

Bild: imago

Versäumnis von 1990

Noch immer hat die SPD kein Konzept gegen die Ex-SED

Die SPD steckt in einem schier ausgewogenen Dilemma: Wendet sie sich in der bundespolitischen Opposition nach links, dann würde eine weit in die Mitte gerückte CDU sofort das geräumte Terrain in der linken Mitte übernehmen: Hunderttausende ordentlich verdienende Facharbeiter und immer noch SPD-treue Akademiker könnten der Partei zusätzlich abhandeln kommen. Der zornige Abschied des früheren Bundeswirtschaftsministers und Ministerpräsidenten von NRW, Wolfgang Clement, verkörpert diesen Aderlass.

Würde die SPD sich nun in die Mitte begeben - etwa mit einem Bekenntnis zu den durchaus erfolgreichen Arbeitsmarktrefor-

men der Jahre 2003/04 - dann wären weitere Verluste an die Linke programmiert. Nicht einmal in der Mitte wäre damit voraussichtlich viel zu holen, denn dort hat sich längst eine sozialdemokratisierte Union breitgemacht, mit Symbolfiguren wie Jürgen Rüttgers und Horst Seehofer.

Wie ist diese schier hoffnungslose Zwangslage der Partei ent-

Das Magdeburger »Modell« von 1994 wurde zum Tumor

standen? Am Beginn stand eine respektable Entscheidung: Während CDU und FDP im Jahre 1990 nicht zögerten, die „Blockparteien“ Ost-CDU und LDPD zu übernehmen, war die SPD nicht bereit, sich mit der durch 40 Jahre Diktatur politisch und moralisch restlos kompromittierten SED/PDS einzulassen. Allerdings versäumte die SPD es damals, persönlich unbelasteten Kadern und Mitgliedern den Wechsel zur SPD anzubieten, den Rest der SED aber umso entschiedener als

unbelehrbare Sympathisanten einer Diktatur zu bekämpfen.

Beides blieb halberzig: Wer von der SED kam, wurde normalerweise genommen, aber geworben wurde nicht. Und schon bald ermatete die Bereitschaft, die zur PDS umlackierte SED entschieden zu bekämpfen, im Gegenteil: Als 1994 die bis dahin regierende schwarz-gelbe Koalition in Sachsen-Anhalt ihre Mehrheit verlor, ließ sich SPD-Herausforderer Reinhard Höppner mit Duldung der PDS zum Ministerpräsidenten wählen. Als diese Nachricht damals Helmut Kohl zu Ohren kam, wollte er sie kaum glauben. Er erkannte sofort, dass die SPD damit eine Büchse der Pandora geöffnet hatte: Und tatsächlich treibt seit dieser Zeit die SED/PDS/Linkspartei/Linke die SPD vor sich her, inhaltlich und machtpolitisch: Auf die Tolerierung folgten Koalitionen, zuerst nur im Osten, dann im Land Berlin. Ein Abgrenzungsbefehl nach dem anderen wurde gefasst und bald danach über Bord geworfen, nur die „Linke“ profitierte. Das Magdeburger „Modell“ von 1994 wurde für die SPD zum Tumor, der wuchert und immer neue Metastasen streut.

K.B.

Böse Erinnerungen an 1924

Oft ist die Rede davon, die SPD hätte am 27. September ihr schlechtestes Wahlergebnis „seit 1949“ erzielt. Doch damals schaffte sie 29,2 Prozent und war damit weit stärker als heute, mit nur noch 23,0 Prozent der Zweitstimmen.

Aber wann war die SPD in ihrer 146-jährigen Geschichte nun wirklich zum letzten Mal so schwach wie heute? Drei Phasen lassen sich dafür ausmachen: 1932/1933, die frühen 1920er Jahre und die Zeit vor 1893.

Bei den drei Reichstagswahlen im Juli und November 1932 sowie im März 1933 erreichte die SPD reichsweit 21,6, 20,4 und 18,3 Prozent. Damals hatte die SPD angesichts des Elends der Weltwirtschaftskrise Millionen Wähler an die NSDAP verloren.

Leichte Verluste gegenüber 1893

die Wahl im März 1933 war zudem nicht mehr wirklich frei: Hitler war seit fünf Wochen Reichkanzler, etliche Sozialdemokraten und Gewerkschaftler waren inhaftiert. Allerdings waren selbst die KPD noch nicht verboten und kam auf 12,3 Prozent.

Geht man weiter zurück in die Geschichte, so lag die Sozialdemokratie auch bei den Reichstagswahlen von 1920 und 1924 unter der 23-Prozent-Marke. Damals war es vor allem die Konkurrenz von KPD und linker USPD, die die SPD-Ergebnisse auf 21,6 und 20,5 Prozent drückte. Die Situation ist damit in gewisser Weise vergleichbar mit heute, wo ebenfalls kommunistisch angehauchte Konkurrenz die SPD in Bedrängnis bringt.

Noch davor muss man bis 1893 zurückgehen, um Ähnliches zu finden: Damals schaffte die SPD 23,3 Prozent. Allerdings war sie seinerzeit auf dem aufsteigenden Ast: 1890 holte sie (noch unter dem Namen „Sozialistische Arbeiterpartei“) erst 19,7 Prozent, 1897 dann schon 27,2 Prozent.

K. Badenheuer

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur Konrad Badenheuer (V. I. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; Politik, Wirtschaft: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil: Silke Osman; Geschichte, Ostpreußen heute: Dr. Manuel Ruff; Heimatarbeit, IT: Florian Möbius; Ostpreußische Familie: Ruth Geede. Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahltz, Liselotte Milauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22067 Hamburg. Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 31. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. - ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der Preußischen Allgemeinen Zeitung werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnementes Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der Preußischen Allgemeinen Zeitung erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der Preußischen Allgemeinen Zeitung wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: paz
Kennwort/PIN: 5146

Streit um 15 Sessel

In Berlin wird munter über die neue Regierung spekuliert

Wer wird was in der schwarz-gelben Bundesregierung? Viele Namen werden ins Spiel gebracht, allerdings auch mit der Absicht, das zu früh ins Rennen geschickte „Pferd“ zu disqualifizieren.

Bleibt es beim letzten Zuschritt der Ressorts, sind 15 Ministerien zu besetzen. Davon dürfte die FDP – rechnet man ihren Anteil von 28 Prozent (93 Sitze) an der Regierungsmehrheit von 332 Sitzen – vier beanspruchen, die CSU zwei, die CDU neun.

Bei 15 Ressorts wird die FDP mit großer Wahrscheinlichkeit Außen-, Justiz-, entweder Finanz- oder Wirtschafts- sowie ein „kleines“ Ministerium beanspruchen. Außenminister wird wohl Guido Westerwelle, auch wenn sein Zwerchfell-strapazierendes Englisch im Internet auf „Youtube“ alle Aufrufrekorde bricht. Die Idee, Westerwelle solle als Superminister für Finanzen und Wirtschaft die Grundsätze der FDP hochhalten, hat schon deshalb wenig Aussicht auf Erfolg, da dieses Amt angesichts der Wirtschaftskrise nicht vergnügungsteuerpflichtig erscheint. Justizministerin wird voraussichtlich wieder Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, auch wenn sie für viele Unionspolitiker ein rotes Tuch ist. Bekommt die FDP das Finanzministerium, wird Finanzexperte Hermann Otto Solms oder Haushaltsausschussvorsitzender Otto Fricke dessen Leitung übernehmen. Ob die Union dieses Machtzentrum des Regierungsapparates abgibt, ist allerdings fraglich. Bleibt also das Wirtschaftsministerium, für das FDP-Parteivize Rainer Brüderle

oder Nordrhein-Westfalens Zukunftsmister Andreas Pinkwart gehandelt werden. Für Arbeit und Soziales könnten die Liberalen Generalsekretär Dirk Niebel aufbieten, für Bildung und Forschung dessen Vorgängerin Cornelia Pieper oder Pinkwart, für Verteidigung die Sicherheitsexpertin Birgit Homburger und für das Entwicklungs- oder Familienministerium die Europaabgeordnete Silvana Koch-Mehrin. Mit Philipp Rösler und Daniel Bahr hat die FDP zudem zwei junge Anwärter für große Aufgaben.

Nur bei wenigen Ressorts ist die Besetzung schon klar

Die CSU wird wieder ihren neuen Politstar Karl-Theodor zu Guttenberg einbringen, vermutlich als Finanzminister. Guttenberg könnte auch als Gegengewicht zur FDP Wirtschaftsminister bleiben oder ein anderes Ressort übernehmen – an sich ist sein Schwerpunkt die Außenpolitik.

Ilse Aigner dürfte erneut das Landwirtschaftsministerium beanspruchen, käme als Bildungsexpertin aber auch für dieses Ressort in Frage. Möglich ist, dass die CDU ihrer geschwächten Schwesterpartei bewusst ein drittes Ministerium zugesteht. Landesgruppenchef Peter Ramsauer könnte das Entwicklungs- oder das Bauressort übernehmen.

Alles spricht dafür, dass die CDU wieder den Innenminister stellt, gleich drei Kandidaten gibt

es: Amtsinhaber Wolfgang Schäuble, der aber auch als EU-Kommissar gehandelt wird, Kanzleramtsminister Thomas de Maiziere sowie der Parlamentarische Geschäftsführer Norbert Röttgen.

Finanzminister könnte Schäuble oder (im Tausch mit Verteidigungsminister Franz Josef Jung) auch Hessens Ministerpräsident Roland Koch werden, der aber angeblich lieber in Wiesbaden bleiben will. Im Verteidigungsministerium gibt es neben Jung die Kandidaten zu Guttenberg, de Maiziere oder den außenpolitischen Sprecher Eckart von Klaeden. Die CDU kann Röttgen auch als Kanzleramts- oder Justizminister einbringen und von Klaeden im Entwicklungsressort. Das Gesundheitsressort würde gern Familienministerin Ursula von der Leyen, eine ausgebildete Ärztin, übernehmen. Für sie könnte dann die Abgeordnete Julia Klöckner nachrücken. Als Gesundheitsminister wird aber eher Josef Hecken, einer der Väter des Gesundheitsfonds, gehandelt. Bei Bildung und Forschung dürfte Annette Schavan das Zepter in der Hand behalten, wenn sie nicht an die Spitze der Adenauer-Stiftung wechselt. Dann könnte Bildungsexpertin Katharina Reiche Ministerin werden. Für Arbeit und Soziales wird CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla favorisiert. Für Bau und Verkehr gilt Fraktionschef Volker Kauder als Kandidat, für Umwelt die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner oder ihr bayerischer Amtskollege Markus Söder. Überraschungen im künftigen Kabinett sind jedoch nie auszuschließen. *Andreas v. Delhaes*



Mächtige Ämter werden vergeben: Wird zu Guttenberg wieder Wirtschaftsminister?

Bild: AP

Wechselseitige Abneigung

Warum Thüringens SPD-Spitze lieber mit der CDU regiert

Etwas überraschend bildet die Thüringer SPD eine Regierung nicht etwa mit der Linken, sondern mit der CDU. Bei der Landtagswahl am 30. September hatten die bis dato allein regierenden Christdemokraten mit Ministerpräsident Dieter Althaus nur noch 31,2 Prozent (minus 12,8) geholt. Die Linke sitzt ihr mit 27,4 Prozent im Nacken; zusammen mit den 18,5 Prozent der SPD hätte Rot-Rot in Erfurt eine knappe Mehrheit.

Wenn das linke Projekt nun nicht zustande kommt, dann in erster Linie wegen persönlicher Animositäten. Linke-Chef Bodo Ramelow, übrigens ein so genannter Import-Wessi, und der SPD-Landesvorsitzende Christoph Matschie sind einander in tiefer Abneigung verbunden. Dass diese beiden sich eine volle Legis-

laturperiode lang am Kabinetts-tisch vertragen könnten, galt und gilt als ausgeschlossen.

Gegen alle Beteuerungen ging es von Anfang an nicht „um die Sache“ oder „um das Land“, sondern nur um die Frage: „Wer wird was?“ Erst wollten beide Mini-

Die beiden Roten mögen einander nicht

sterpräsident werden, dann beide nicht (aber nur, wenn der andere auch nicht). Schließlich war Matschie das Sondierungsgeschacher mit der Linken leid, fragte mal bei der CDU an und kam schnell zu dem Schluss, mit dem Wahlverlierer, der dennoch die stärkste Fraktion stellt, könne man noch am ehesten eine Koalition zim-

mern. Freilich stieß Matschies Signal gegen Rot-Rot nicht nur bei den Berliner Genossen, sondern auch an der Basis im eigenen Lande auf herben Widerspruch. Richard Dewes, 1999 als Landeschef und 2008 als Spitzenkandidat von Matschie ausgebootet, wittert nun die Chance zur Rache. Gemeinsam mit Erfurts OB Andreas Bausewein organisierte er ein halb konspiratives Treffen mit dem Ziel, den schwarz-roten Koalitionszug doch noch zu stoppen.

Genau davor warnt die CDU, die sich nach Althaus' unrühmlichem Abgang gerade um das Damen-Duo Christine Lieberknecht und Birgit Diezel neu aufstellt, den mutmaßlichen Partner eindringlich: Falls die Koalitionsverhandlungen platzen, gebe es Neuwahlen „mit verheerendem Ausgang für die SPD“. *H.J.M.*

Stiftung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. „Zukunft für Ostpreußen“

Liebe Landsleute, verehrte Leserinnen und Leser der *Preussischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt*,

die Landsmannschaft Ostpreußen hat eine Stiftung ins Leben gerufen, um die Erinnerung an Ostpreußen und seine Menschen dauerhaft zu bewahren und nachfolgenden Generationen ein Bild dieser großartigen europäischen Kulturlandschaft zu vermitteln. Ihr Name ist: Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“.

Welche Zwecke verfolgt die Stiftung?

Zu ihren wesentlichen Aufgaben zählen die Förderung von Forschung und Wissenschaft im Hinblick auf die ostpreussische Geistes-, Siedlungs- und Kulturgeschichte als Teil der deutschen und europäischen Geschichte sowie die Unterstützung der in der Heimat verbliebenen Deutschen und ihrer Nachkommen bei dem Bemühen, ihre Identität zu wahren. Großes Gewicht wird dabei der Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten eingeräumt.

Wie hilft die Stiftung?

- Vergabe von Forschungsaufträgen und Auslandsstipendien,
- Veröffentlichung und Mitfinanzierung von Publikationen,
- Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und Seminaren,
- Förderung des Jugendaustausches mit Litauen, Polen und Russland,
- Unterstützung der deutschen Minderheit in Ostpreußen, z. B. durch Förderung des deutschen Sprachunterrichts,
- Restaurierung von Bauwerken und Gedenkstätten in Ostpreußen.

Was können Sie tun?

Sie können die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch Zustiftungen oder Spenden (Zuwendungen) unterstützen.

Zustiftungen

Mit einer Zustiftung fördern Sie die Arbeit der Stiftung auf Dauer. Ihr Beitrag wird Teil des Grundstockvermögens und nur die Zinserträge werden für die Arbeit der Stiftung eingesetzt. Zustiftungen ab 5.000 Euro werden in unserem Stiftungsbuch erfasst, damit der Name der Stifter und ihr Einsatz für Ostpreußen der Nachwelt erhalten bleibt.

Erbschaften

Mit der Errichtung der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ wird auch dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen, mit ihrem Erbe dauerhafte Spuren zu hinterlassen. Wenn Sie sicher sein wollen, dass Ihr Erbe ausschließlich für gemeinnützige Zwecke eingesetzt wird, ist die Stiftung das geeignete Instrument. Bekunden Sie Ihren Willen zu einer Zustiftung in Ihrem Testament. Oder machen Sie eine Teilstiftung zu Lebzeiten und verfügen testamentarisch eine Erhöhung dieses Betrages. So erleben Sie noch persönlich, welche Früchte Ihre Zustiftung trägt. Mit einem Vermächtnis können Sie der Stiftung auch Sachwerte zukommen lassen – etwa Immobilien.

Spenden (Zuwendungen)

Spenden an die Stiftung fließen nicht in das Stiftungskapital ein. Die Gelder werden zeitnah zur Verwirklichung der Stiftungsprojekte verwendet.

Steuerliche Begünstigung

Ihr Engagement für einen guten Zweck kann mit erheblichen steuerlichen Vorteilen verbunden sein. 2007 hat der Bundesrat das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ verabschiedet, womit die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für Stifter und Stiftungen erheblich verbessert wurden. Als gemeinnützige Organisation ist die Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ von der Erbschaftsteuer befreit.

Ob Sie die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch eine Zustiftung, einen Nachlass, eine Schenkung oder Spende unterstützen, entscheiden Sie. Jeder Beitrag hilft, Ostpreußen eine Zukunft zu geben. Stiftungsrat und Stiftungsvorstand sichern Ihnen eine effiziente Verwendung der Stiftungsmittel zu.

Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden des Stiftungsvorstands, Dr. Sebastian Husen, husen@ostpreussen.de oder Tel. 040 - 41 40 08-23.

Wirken Sie mit an der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“!

Wilhelm v. Gottberg
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsrates

Dr. Sebastian Husen
Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsvorstands

Stiftungskonten:

Berenberg Bank	Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 0056941016	Konto-Nr.: 1001834983
BLZ: 201 200 00	BLZ: 720 300 14

Bitte vermerken Sie bei Ihrer Überweisung unter dem Verwendungszweck, ob es sich um eine Spende oder eine Zustiftung handelt. Auf Wunsch stellen wir gerne eine Zuwendungsbestätigung aus.

MELDUNGEN

Korruption in Griechenland

Athen - Europa erwartet wenig vom neuen griechischen Regierungschef Georgios Papandreu. „Ein Spross einer Polit-Dynastie geht, und der nächste übernimmt“, spielte die „Welt“ darauf an, dass auch der Großvater und Vater des Wahlsiegers die Geschichte des Landes mitgestalten konnten, dies jedoch ungenügend taten. Das Mutterland der Demokratie gilt aufgrund von Korruption innerhalb der Politikerkelite und ihrer seit Generationen anhaltenden Unlust auf unbenutzte Reformen in vielen Bereichen als rückständig. Auch dürfte Papandreu Versprechen, Korruption strenger zu bestrafen, nicht viel wert sein. Sein wegen Selbstbedürfnismentalität abgewählter Vorgänger Karamanlis hatte dasselbe angekündigt. *Bel*

Stromsperren in Kirgisien

Bischkek - Seit dem 1. Oktober wird in Kirgisien die Stromversorgung rationiert. Energieminister Iljas Dawydow bestätigte, dass die Versorgung der privaten Haushalte zwischen Mitternacht und fünf Uhr morgens unterbrochen wird. Ausgenommen sind Schulen, Krankenhäuser sowie kleine und mittlere Unternehmen. Durch Sparmaßnahmen konnte im Sommer noch auf eine Rationierung verzichtet werden. Schon 2008 musste aufgrund der Wirtschaftskrise die Stromversorgung in dem unter Devisenmangel leidenden Land rationiert werden. Grund für die aktuelle Maßnahme ist neben der Krise die Trockenheit: Eine große Talsperre liefert deswegen nicht genug Wasser für das größte Kraftwerk des Landes. Kirgisien verfügt an sich über reichlich Wasserkraft, die jedoch wenig erschlossen ist. Mit einer Besserung der Versorgungslage wird erst 2010 gerechnet. *MRK*

Der spanische Zentralstaat bröckelt

Die Autonomiebewegung in Katalonien wird immer selbstbewusster - Wirtschaftliche Argumente

Kommt es zu Abspaltungen von Spanien? Bei dieser Frage denken die meisten zunächst an das Baskenland und den blutigen Terror der ETA. Doch die eher noch stärkere Unabhängigkeitsbewegung in Spanien ist die katalanische. Demnächst finden in der autonomen Region örtliche Volksabstimmungen für die staatliche Unabhängigkeit statt.

Mitte Oktober werden in der nordostspanischen Provinz Katalonien eine Reihe lokaler Unabhängigkeits-Referenden abgehalten. In etwa 60 Hochburgen der katalanischen Nationalbewegung soll ein unmissverständliches Signal für die Trennung von der Zentralgewalt gegeben werden. Den Auftakt dieser symbolträchtigen basisdemokratischen Bewegung hatte es am 13. September in dem 8000-Einwohner-Ort Arenys de Munt gegeben, wo im Rahmen einer privaten Initiative knapp 96 Prozent der Bewohner für einen eigenen Staat stimmten. Ein offizielles Referendum der Gemeinde war auf Initiative aus Madrid gerichtlich verboten worden (Volksabstimmungen dürfen laut Verfassung nur vom spanischen Staat angesetzt werden); die Wahlbeteiligung lag aus diesem Grund nur bei 41 Prozent. Kurz zuvor hatten am 11. September, dem „Nationalfeiertag“ Kataloniens, in der Hauptstadt Barcelona 15 000 Menschen für die Souveränität und gegen die „Besetzung“ durch Spanien demonstriert. An der Spitze des Protestzugs lief höchst öffentlichkeitswirksam Joan Laporta, der Präsident des spanischen Fußballmeisters und Champion-League-Siegers FC Barcelona.

Trotz der berühmten Reize Barcelonas und der sonnenverwöhnten Küste, wo an der Costa Brava oder auf den Balearen alljährlich

Millionen ausländische Besucher ihren Urlaub verbringen, ist die eigene Kultur und Geschichte des seit 1659 zu einem geringen Teil auch zum französischen Staat gehörenden Kataloniens hierzulande kaum bekannt. Nur wenigen ist der Name Jordi Pujols, des eigenwilligen früheren katalanischen Regierungschefs (1980-2003) und Motors der Eigenständigkeitsbestrebungen, geläufig. Der 1930 geborene und in der Franco-Ära inhaftierte Pujol, der sich große Verdienste um die europäische Regional- und Volksgruppenpolitik erworben hat, war bis 2003 Vorsitzender der konservativ-nationalistischen Convergencia i Unió (CiU). Diese errang erstmals bei den Wahlen von 1984 und 1988 die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament von Barcelona und regiert die Region heute in einer linksnationalistischen Koalition an der Seite der Sozialisten.

Der regionalistisch gesonnenen Führung in Barcelona ist es in den vergangenen zwei Jahrzehnten gelungen, der Zentralregierung immer größere Selbstverwaltungsbefugnisse abzutrotzen - zuletzt sogar die Steuerhoheit. Im Ausland werden inzwischen

Die katalanische Sprache ist weiter auf dem Vormarsch

schon katalanische „Botschaften“ eingerichtet, und man diskutiert die Aufstellung einer eigenen Fußballnationalmannschaft nach dem Vorbild von Schottland und Wales. An Selbstvertrauen fehlt es Pujol (der übrigens die deutsche Schule in Barcelona besuchte), der CiU und deren Unterstützern nicht. Katalonien ist so groß wie

Belgien und erwirtschaftet mit einem knappen Siebtel der Einwohnerzahl Spaniens (7,2 Millionen) rund ein Viertel des Sozialprodukts. Keine der 17 autonomen spanischen Provinzen ist ökonomisch so stark wie das Land zwischen den Pyrenäen und Mittelmeer.

Vor allem können die Katalanen auf eine lange und reiche kulturelle Tradition zurückblicken, in deren Zentrum die eigene, sehr melodische Sprache steht, die sich bereits ab dem 12. Jahrhundert allmählich zu einer Schrift- und Literatursprache entwickelte.

Im Spanischen Erbfolgekrieg ergriff das jahrhundertlang relational eigenständige katalanisch-aragonische Reich Partei für das österreichische Herrscherhaus und verlor nach dessen Niederlage seine Unabhängigkeit. 1716 wurde es der spanischen Krone einverleibt. Katalanisch verlor seinen Rang als Amtssprache.

Erst im Zuge der Romantik und einer wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung des Landes wurden sie in der sogenannten „Renaixença“ Mitte des 19. Jahrhunderts wiederentdeckt und neu belebt. Der Dichter Jacint Verdaguer (1845-1902) und der Dramatiker Angel Guimerà (1845-1924) schufen die moderne katalanische Literatursprache und verschafften der katalanischen Literatur internationale Anerkennung. Der kulturellen Emanzipation folgte bald die politische. 1914 konstituierte sich eine Regionalregierung, die eine breite Infrastruktur an katalanischen Einrichtungen in allen Bereichen aufbauen konnte. Vor allem die 30er Jahre waren eine Blütezeit katalanischer Kultur, die durch die Machtübernahme des rigoros zentralistischen Franco ein jähes Ende fand.

Erst 1979 erhielten vier Regionen - das Baskenland, Galicien, Andalusien und eben auch Katalonien - wegen ihrer historischen Eigenarten durch die spanische Verfassung wieder Sonderrechte, nicht zuletzt gesonderte Regionalregierungen. Seither hat die katalanische Autonomiebewegung viel erreicht, insbesondere die Festigung der politischen und publizistischen Vorherrschaft vor Ort.

Die lange Zeit im Vordergrund stehende Forderung nach weitgehenden Autonomierechten tritt heute zusehends in den Hintergrund und wird von Rufen nach staatlicher Unabhängigkeit übertönt. Dass sich laut jüngsten Umfragen der Regionalregierung nur etwa ein Fünftel der katalanischen Bevölkerung für die Unabhängigkeit ausspricht, besagt nicht viel. Denn die Mehrheit ist unschlüssig, und die meinungsmachende Intelligenz gehört eher dem regionalistischen als dem spanisch-zentralistischen Lager an. *M. Schmidt*



Katalonien ist nicht Spanien: In Barcelona denkt man über eine eigene Fußballnationalmannschaft nach.

Ladehemmung

Der Hersteller der Kalaschnikow ist pleite

Der Schlichtungsgerichtshof im russischen Udmurtitija hat am 7. Oktober gegen die weltberühmte Waffenfabrik Izmash, Russlands größtem Produzenten von Gewehren, Untersuchungen zum beantragten Konkursverfahren eröffnet. Das könnte das Aus für die wohl berühmteste Waffe der Welt bedeuten.

Izmash ist der Hersteller der legendären Kalaschnikow - dem Sturm- und Kultgewehr der ehemaligen Roten Armee und zahlreicher Rebellen- und Guerillas in vielen Ländern rund um den Globus. Der von Mikhail Timofejewitsch Kalaschnikow 1940 bis 1944 für die Sowjets entwickelte, robuste Karabiner (AK-47, AK-74, AK-101) schrieb blutige Weltgeschichte, diente in mehr als 60 verschiedenen Heeren und Untergrundarmeen. Die NVA, die Streitkräfte der ehemaligen DDR führten sie als Maschinenpistole. Sie war zudem Star in so manchem Film und droht nun ein Opfer der Weltwirtschaftskrise zu werden. AK ist die Abkürzung für Awtomat Kalaschnikowa.

Das Sturmgewehr gilt mit rund 90 Millionen Stück als die am meisten produzierte Waffe der Welt. Weiterentwicklungen statt-

ten sie mit einem Mehrzweckbajonett aus, das auf dem von Oberleutnant Todorow entwickelten Messer für Kampfschwimmer basierte. Auch der Einsatz von Nachtsichtgeräten wurde später berücksichtigt.

Die sprichwörtliche Zuverlässigkeit der Kalaschnikow bei jedem Wetter diente zahlreichen anderen Staaten als Vorlage für eigene Entwicklungen. Ausgerüstet mit dem Bajonett zielt die legendäre Kalaschnikow sogar die Nationalflagge von Mosambik, findet sich im Wappen Simbabwe und seit 2007 auch im Wappen Osttimors. Sie schmückt zudem die Fahne der libanesischen Hisbollah und der kolumbianischen Guerrilla Farc.

Izmash, zu 57 Prozent im Eigentum der Staatsfirma „Russian Technologies“, leidet vor allem an zu wenig Bestellungen für Verteidigungswaffen und steht beim Zulieferer Gremikha mit 13 Millionen Dollar in der Kreide. Vage Hoffnungen gibt es anscheinend durch den Beschluss Moskaus, die Ausgaben für militärische Ausrüstung 2010 um rund acht Prozent auf 24,7 Milliarden Euro zu erhöhen. 2007 stiegen sie noch um 20 Prozent. *Joachim Feyerabend*

Die AK-47 »ziert« Staatsfahnen

Der EU-Kandidat

Türkei bespitzelt systematisch Christen

Schon lange gilt die Lage der Christen und Kirchen in der Türkei als desolat. Lebten um 1900 noch über zwei Millionen Christen in diesem frühen Ursprungsland der biblischen Mission, so sind es heute nur noch gut 100 000. Hunderttausende wurden seither ermordet oder vertrieben. Neue Berichte über systematische Bespitzelung kirchlichen Einrichtungen sowie Ermordungen von Missionaren lassen weitere Zweifel gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei aufkommen.

Seit zwei Jahren ermitteln türkische Behörden wegen der Ermordung von drei Missionaren in der Stadt Malatya im April 2007. Fünf jugendliche Täter fesselten die Männer und schnitten ihnen dann die Kehlen durch. Unter den Opfern war auch der Deutsche Tilman Geske. Nun wird immer klarer, dass die Missionare vor ihrem Tod von der Gendarmerie bespitzelt und ausgespäht worden waren. Die türkische Zeitung „Hürriyet“ berichtete, dass laut einem Ermittlungsdossier des für „Aufklärung“ zuständigen Gendarmerieoffiziers in Malatya insgesamt mehr als 10 315 türkische Lira (fast 5000 Euro) an einen Informaten na-

mens „Kommandant Asaf“ ausgezahlt wurden. Der Informant sollte drei Missionarsgruppen bespitzeln, darunter auch jene, die später ermordet wurden. Die erste Quittung wurde laut „Hürriyet“ 27 Tage vor der Bluttat ausgestellt.

Stimmen diese Informationen, dann würde deutlich, dass die staatliche Bespitzelung den türkischen Steuerzahler bedeutende Summen kostet. Die religiösen Minderheiten gelten in der

Türkei zwar offiziell als frei und gleichberechtigt, dem stehen jedoch viele Rechtsbestimmungen und eine darüberhinaus abweichende Praxis entgegen: Bibeln dürfen nicht verteilt werden. Christen werden faktisch als Ausländer definiert, selbst wenn sie türkische Staatsbürger sind. Als Rechtsperson existieren Kirchen nicht, Eigentum dürfen sie nicht besitzen und keine Pastoren im Land ausbilden. Missionieren ist zwar streng genommen nicht verboten, aber die „Erniedrigung des Islam“ ist strafbar. Genau dieser Vorwurf wurde den ermordeten Missionaren in Malatya gemacht. Wenn sich Menschen vom Islam zum christlichen Glauben bekehren, dann begeben sie sich in Lebensgefahr. *H. E. Bues*

Bei Bekehrung besteht Lebensgefahr

Privatisierungen

Moskau muss Haushaltslöcher stopfen

Der Kreml erwägt den Verkauf von Anteilen an rund 5500 Staatsunternehmen. Russlands Finanzminister Alexej Kudrin sieht darin eine Möglichkeit, die Lächer im Haushalt, die vor allem durch den Ölpreisverfall und den dramatischen Einbruch im Energieexport entstanden sind, zu stopfen. Das Land leidet besonders stark unter der Weltwirtschaftskrise. Die Gas-Nachfrage der europäischen Kunden ist trotz sinkender Preise stark zurückgegangen. Dies hat zur Folge, dass die Einnahmen des Energieriesen

Gazprom um ein Drittel eingebrochen sind. Die Konzernleitung rechnet damit, dass die Nachfrage noch weiter sinken wird. Gerieten viele andere staatlich kontrollierte Unternehmen bereits früher in Schwierigkeiten, so beginnt die Schuldenlast Gazprom immer deutlicher zu drücken. Der Energiegigant erwägt sogar, von den Europäern Schadenersatz wegen der Nichtabnahme vertraglich festgesetzter Mindestmengen zu fordern.

Daneben will die Konzernleitung landesweit in ein Netz von Supermärkten und Restaurants investieren. Bisherige Kantinen und Kioske in den Fabriken, vor allem in Sibirien und im Ural sol-

len zu einer Handelskette ausgebaut werden.

Allein in diesem Jahr musste der Kreml wichtigen Betrieben - zum Beispiel AvtoVaz - mit 45 Milliarden US-Dollar aus dem staatlichen Reservenfonds aus der Klemme helfen. Wenn keine neuen Einnahmequellen gefunden werden, dann schmelzen die in den Boomjahren gebildeten Rücklagen rasch dahin. Ministerpräsident Putin, wohl wissend, dass Subventionen die Ursache für die Misere und die fehlende Nachfrage nicht beheben können, fordert von den Hilfeempfängern nunmehr Garantien, dass die staatlichen Mittel nicht in Sande versickern.

Sein Stellvertreter Igor Schuwalow kümmert sich derzeit um den Verkauf der staatlichen Anteile tausender Unternehmen der „zweiten“ und „dritten Reihe“. Sie sollen zunächst in Aktiengesellschaften umgewandelt und danach verkauft werden. Moskau wird seinen Anteil am größten Ölförderer des Landes, Rosneft, von 75 auf 50 Prozent reduzieren. Noch in diesem Jahr werden 20 Prozent der staatlichen Reederei Sovcomflot veräußert. Das Gros der Privatisierungen wird in der zweiten Hälfte 2010 erfolgen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Reservenfonds schmilzt bedrohlich

Streit um den Mehrgewinn

Die Laufzeit-Verlängerung der Kernkraftwerke spart riesige Summen, nun wird um deren Verteilung gekämpft

Auch ohne neue Kernkraftwerke dürfte sich der höchst umstrittene deutsche „Atomastieg“ deutlich verschieben. Union und FDP verhandeln über eine Verlängerung der Restlaufzeit von bis zu 20 Jahren, die Industrie will die Meiler sogar 25 Jahre länger betreiben. Dies brächte Mehrgewinne von bis zu 200 Milliarden Euro, um deren Verteilung und Verwendung nun gerungen wird.

Die Atomindustrie leistet Schützenhilfe für die Politik. Länger Betrieb bedeute mehr Investitionen in erneuerbare Energie, wirbt RWE-Chef Jürgen Großmann. Auch andere Betreiber erklären sich zum Verzicht auf zu erwartende Extra-Gewinne bereit. „Ob das 50, 45, 55 (Prozent) sind, muss man sehen“, so Großmann. CDU und FDP haben die aber offenbar schon verplant. Der Streit um die Dauer des Weiterbetriebs und die Profitverteilung ist entbrannt.

Laut einer aktuellen Studie der Landesbank Baden-Württemberg könnten sich bei Verlängerung der Betriebsdauer für Atommeiler um 25 Jahre die Zusatzgewinne der Betreiber auf insgesamt 200 Milliarden Euro belaufen – Steigerungen der jeweiligen Unternehmens-Börsenwerte inbegriffen. Großmann spricht von 250 Milliarden Euro mehr für die Volkswirtschaft. Klar, dass die Summe Begehrlichkeiten weckt. Tanja Gönner (CDU), derzeit Umweltministerin in Baden-Württemberg, kündigt harte Verhandlungen an. Sie wird als künftige Bundesministerin gehandelt. Neben der Sicherheit ginge es um die Gewinnverteilung, so die Ministerin. Die Union plädierte bisher für zehn bis 15 Jahre mehr Zeit – 2035 wäre nach diesem Plan Schluss. Auch die SPD dachte schon laut über län-

gere Laufzeiten für die neueren Kernkraftwerke nach, allerdings nur im Austausch für ein schnelleres Aus bei den älteren Anlagen – Initiator: Sigmar Gabriel.

Für den neuen SPD-Parteichef Gabriel kommen die Verhandlungen zwischen CDU und FDP als nachträgliches Geschenk zum 50. Geburtstag im September, denn sie liefern ihm eine ideale Angriffsfläche. Schon ein simpler Krümmel verursachte beim einstigen Popmusik-Beauftragten der SPD und noch Bundesumweltminister Visionen von vermeintlich unberechenbaren Atom-Betreibern. Nun will die FDP 10 bis 20

laufzeiten angeht. „Zugewinne wenn es geht auch für die Verbraucher, aber nicht in den Wettbewerb eingreifen“ – so fasst Duwe die derzeitige Verhand-

Es geht vor allem um die Verteilung der Profite

lungsmformel zusammen. Der Atom-Poker zwischen CDU und FDP ist von der Einsicht geleitet, dass zu viel gesetzliche Eingriffe eher neue Umgehungsstrategien der Industrie bewirken würden

Zeit für alternative Energien zu gewinnen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schwärmt dagegen von der Idee eines Öko-Fonds. 40 Milliarden Euro sollen dort hinein. Bayerns Umweltminister Markus Söder will 2,5 Milliarden jährlich für diesen Fonds. Die AKW-Betreiber sollen zudem an den Kosten des Atomlagers Assen beteiligt werden und Sozialstromtarife für ärmere Bürger anbieten.

Den Verbraucher verströmt Schwarz-Gelb nach wie vor mit dem Versprechen, nur über mehr Wettbewerb könnten die Preise sinken. Die Trennung der Strom-

Abgabe. Auch diese Gewinne sollen jetzt ins Verhandlungspaket hinein.

Dabei gibt es neben Verteilungsgewinnen noch bessere Argumente für Kernenergie. Während die Politik Herstellung und Einspeisung von alternativen Energien mit viel Geld fördert, hat sie die Weiterentwicklung sicherer Kernkraft aus den Augen verloren.

Alein die Solartechnik schlug mit bisher 26 Milliarden Euro an öffentlichen Zuschüssen zu Buche, rechnet das Kölner ifo Institut für Wirtschaftsforschung vor. Ohne Zuschüsse ist „alternativ“ auch in Jahren nicht wettbewerbsfähig, höhere Strompreise in Folge des Atomausstiegs sind daher fester Bestandteil von Ausstiegs-Kalkulationen. Die Energie-Multis kündigen bereits Preiserhöhungen „im zweistelligen Bereich“ für den Fall der Komplettumstellung an.

Warum aber statt der von der Industrie im Prinzip bereits zugestandenen 50 Prozent der Mehrgewinne aus längeren Laufzeiten nicht 80 Prozent und mehr für staatliche Energieprogramme und die Einrichtung eines Atomilldagers zur Verfügung gestellt werden sollen, vermag kaum ein Politiker zu erklären. Eine Million Euro Gewinn wirft jedes AKW pro Tag ab. Sie sind längst abbezahlt, haben über Jahrzehnte enorme Erlöse eingefahren. Nur unter politischem Zwang werden die Betreiber andere daran teilhaben lassen – das ist Konsens bei Schwarz-Gelb. Für die Verbraucher gibt es angesichts der bisherigen Preispolitik der Energiekonzerne jedenfalls wenig Hoffnung auf sinkende Strompreise bei längeren Laufzeiten ohne ein entschiedenes Einwirken der Politik.

Sverre Gutschmidt



Teurer Klimaschutz: Niemand bestreitet, dass erneuerbare Energien die Bürger eine Menge Geld kosten.

Bild: colourbox

gere Laufzeit pro AKW, gekoppelt nicht mehr ans Alter der Anlagen, sondern deren Sicherheit, sagt FDP-Energie-Experte Kurt Duwe – eigentlich genau Gabriels Position. Doch anders als SPD und Grüne sind die Liberalen skeptisch, was eine direkte Beteiligung der Verbraucher an den Gewinnen der Konzerne aus längeren Kraftwerks-

als konkrete Entlastungen für Stromkunden. Mindestens 50 Prozent der Gewinne müssten von Externen, also nicht von den AKW-Betreibern, verwertet werden, um dann in Forschungsprojekten und Beispielanlagen alternativer Energienutzung zugeführt zu werden, fordern die Freidemokraten. Verlängerung, ja, aber nur, wenn es nötig und sicher ist, um

netze von den Energiekonzernen sowie politischer Druck auf die Weiterleitungskosten – darin sehen die Gesprächsführer unter anderem Erleichterungen für Konsumenten. Doch nicht nur Klima und Verbraucher beschäftigen die Koalitionäre in spe: Bald beginnt der Emissionshandel, der AKW-Betreiber zusätzlich begünstigt – sie produzieren ja keine

politischem Zwang werden die Betreiber andere daran teilhaben lassen – das ist Konsens bei Schwarz-Gelb. Für die Verbraucher gibt es angesichts der bisherigen Preispolitik der Energiekonzerne jedenfalls wenig Hoffnung auf sinkende Strompreise bei längeren Laufzeiten ohne ein entschiedenes Einwirken der Politik.

MELDUNGEN

»Alles auf den Prüfstand«

Berlin – Wenn es nach dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie geht, dann steht Schwarz-Gelb vor grundlegenden Reformen. Vor allem in den Bereichen Steuern, Renten und Gesundheit müsse alles auf den Prüfstand, so Hans-Peter Keitel. Vor allem die noch recht junge Unternehmenssteuerreform solle überarbeitet werden. „Heute müssen beispielsweise Firmen, die kein Geld verdienen, aber Miete bezahlen, auf einen großen Teil dieser Mieten auch noch Steuern entrichten“, schimpft der BDI-Chef und spricht von „Murks“. *Bel*

IWF: Banken sollen zahlen

Washington – IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn möchte den Finanzsektor bei der Finanzierung der von ihm verursachten Krise stärker in die Pflicht nehmen. Vorschläge, nach denen die Banken über einen Fonds oder eine Versicherung an den Kosten beteiligt werden, sollen den G20-Staaten im November präsentiert werden. *Bel*

Mehr Nehmer als Geber

München – Auf 1,1 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte über 18 Jahre kommt statistisch zurzeit ein volljähriger Empfänger von staatlichen Leistungen wie Arbeitslosengeld I und II oder Rente. Diese Zahl veröffentlicht der „Focus“ ohne auf Teilzeitschäftige, Aufstocker und jene Menschen einzugehen, die als Freiberufler oder Unternehmer Steuern zahlen, die ja auch den Empfängern zu gute kommen. Trotz dieser Unvollständigkeit zeigt sich hier ein Ungleichgewicht. In allen neuen Bundesländern plus Berlin und Schleswig-Holstein gibt es sogar mehr Nehmer staatlicher Leistungen als Einzahler. *Bel*

Wirklich benachteiligt?

Teilzeit, Auszeit, andere Berufe: Warum Frauen weniger verdienen

Frauen werden beim Gehalt benachteiligt. So das Resümee einer Studie des „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts“ der DGB-nahen Hans-Böckler-Stiftung, die dieser Tage veröffentlicht wurde. Schon im Frühjahr kam eine Untersuchung des Bundesfamilienministeriums zum gleichen Ergebnis. Damals forderte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz gar rechtliche Schritte gegen die mutmaßliche Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz.

Auf den ersten Blick sehen die Zahlen in der Tat frappierend aus: So verdienen Frauen laut der jüngsten Studie schon beim Berufseinstieg im Schnitt 18,7 Prozent weniger als Männer. Im Laufe des Berufslebens erhöht sich die Spanne noch auf 21,8 Prozent.

Bei der Frage nach den Ursachen erscheint der Vorwurf der pauschalen, geschlechtsspezifischen Benachteiligung jedoch recht diffus. Denn der Eindruck, dass Frauen quasi am gleichen Arbeitsplatz ihres Geschlechts wegen schlechter entlohnt werden, lässt sich bei näherer Betrachtung kaum halten. So räumen die Wissenschaftler ein, dass Frauen sich in weit höherem

Maße für Berufe entscheiden, die generell schlechter bezahlt werden, etwa solche im Einzelhandel, der Gastronomie oder im Reinigungsgewerbe. Auch Tätigkeiten in Erziehung und Jugendpflege sind bei jungen Frauen besonders beliebt und zählen ebenfalls selten zu den hochbezahlten Berufen. Unterrepräsentiert sind Frauen

Ein Minderverdienst der Frauen ist kaum nachweisbar

hingegen nach wie vor in technischen und höher qualifizierten kaufmännischen Berufen, bei denen die Entlohnung meist besser ausfällt.

Überdies ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten bei weiblichen Erwerbstätigen weit höher als bei männlichen. Dabei ist Usus, dass Teilzeitangestellte auch pro Stunde meist schlechter entlohnt werden als Vollzeitkräfte. Bei den Beamten und Richtern beispielsweise sind 80 Prozent der Teilzeitbeschäftigten Frauen.

Kritiker der wiederkehrenden Alarmlmeldungen über die angeb-

lich beträchtliche Benachteiligung der Frauen am Arbeitsplatz weisen zudem darauf, dass Frauen ihre Karriere oft anders planen als Männer. Die Frauen legen ihre Schwerpunkte oftmals eher darauf aus, einen Ausgleich zwischen Berufs- und Familienleben zu finden, als sich einseitig auf die Karriere zu fixieren wie häufig die Männer. Auch legte die Studie offen, dass Frauen weniger Aufwand für berufliche Weiterbildung treiben.

Durch kinderbedingte Auszeiten und Teilzeitbeschäftigungen verschlechtern sich schließlich auch die Karriereaussichten der Frauen, was den wachsenden Abstand der Durchschnittsgehälter im Verlauf der Berufstätigkeit erklärt. Kritiker wenden ein, dass der Abstand zwischen den Durchschnittsgehältern auf wenige, statistisch kaum mehr aussagefähige Prozentpunkte schrumpfe, wenn man alle Sonderfaktoren wie geschlechterspezifische Vorlieben für bestimmte Berufsparten, unterschiedlich starkes Engagement für die eigene Fortbildung sowie die von den Männern abweichende Form der Lebensplanung in Rechnung stelle.

Hans Heckel

Wettbewerb verlangt Regeln

EU-Kommissare verlieren sich im Wirrwarr eigener Vorschriften

Der Wettbewerbschutz bleibt ebenso wie der Kampf gegen unlauteren Wettbewerb ein Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik der EU. Denn der Wegfall aller Handelshemmnisse hat zwar zur Verbreiterung des Angebots und teilweise auch zu Preissenkungen geführt. Der verschärfte Wettbewerb regt aber auch zu unredlichen Methoden an. Das erfordert laufend neue Vorschriften und Kontrollen, deren Kosten letztlich dann doch wieder Konsumenten und Steuerzahler tragen müssen.

Dabei scheinen die eifrigen Reglementierer oft die einfachsten und Teilzeitbeschäftigten verschlechtern sich schließlich auch die Karriereaussichten der Frauen, was den wachsenden Abstand der Durchschnittsgehälter im Verlauf der Berufstätigkeit erklärt. Kritiker wenden ein, dass der Abstand zwischen den Durchschnittsgehältern auf wenige, statistisch kaum mehr aussagefähige Prozentpunkte schrumpfe, wenn man alle Sonderfaktoren wie geschlechterspezifische Vorlieben für bestimmte Berufsparten, unterschiedlich starkes Engagement für die eigene Fortbildung sowie die von den Männern abweichende Form der Lebensplanung in Rechnung stelle.

meidbare zusätzliche Millionenverluste entstanden, und auf lukrativen Strecken – vor allem zwischen Wien und Frankfurt, wo ohnehin kaum einer den Flug aus der eigenen Tasche zahlt – mussten „Slots“ (Flugtermine) an Konkurrenten abgetreten werden.

Ein Lieblingsprojekt, das Kroes noch durchpeitschen wollte,

Möglichkeit der Sammelklagen erstmal verschoben

bleibt allerdings in der Schwebe, denn nach heftigen Protesten wagt es Kommissionspräsident Manuel Barroso nun doch nicht, es wie geplant diese Woche auf den Tisch zu legen: Es ist, vereinfacht ausgedrückt, die Ermöglichung von Sammelklagen nach amerikanischem Muster. Man führt zwar an, dass der Schaden durch Kartellabsprachen 20 Milliarden Euro jährlich betrage. Doch zum Vergleich: Die auf Sammelklagen spezialisierten „Opferanwälte“ in den USA haben einen Jahresumsatz von 250 Milliarden Dollar – wozu noch die Rechtsko-

sten der Unternehmen kommen. In Europa ergäbe sich außerdem eine neuerliche Macht-erweiterung der ohne jegliche demokratische Kontrolle operierenden und nicht selten parasitierenden Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO).

In jüngerer Zeit sieht man sich in der EU auch mit einer deutlichen Zunahme des Mehrwertsteuerbetrugs konfrontiert. Das Prinzip ist so alt wie die Mehrwertsteuer selbst: Unternehmen A liefert an B und kassiert den Preis inklusive Steuer. B tut das selbe mit C etc. Der letzte in der Kette erhält die Steuer vom Finanzamt erstattet, während A sie nicht an den Fiskus abfließt und verschwindet. Mit leicht transportierbaren Waren wie etwa Mobiltelefonen und über mehrere Staatsgrenzen hinweg geht das ganz leicht. Besonders leicht geht es jetzt aber mit „Emissionszertifikaten“, die als „Dienstleistung“ gelten und der vollen Steuer unterliegen. Wie absehbar, ist mit Einführung dieser Papiere, die ja ebenfalls vor irgendetwas „schützen“ sollen, ein „Markt“ entstanden, auf welchem der Zwischenhandel mit dem Nichts schöne Profite abwirft. *RCK*

Tasmaniens Namensgeber

Die südlich von Australien in Richtung Antarktis liegende Insel Tasmanien, die etwa die Größe Bayerns hat...

Die Niederländer saßen zum Leidwesen ihrer Konkurrenten, der Spanier und Portugiesen ab der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert im indonesischen Archipel mit der Hauptstadt Batavia (Jakarta).

Tasman segelte von Batavia erst westwärts bis zur Insel Mauritius, dann auf Südost-Kurs nach Osten – womit er Australien verfehlen musste.

Die Rückführung der Truppen verlief jedoch so langsam, dass keine wesentlichen Kräfte den Westteil Litauens erreichten...



Abel Tasman

der Südsinsel von Neuseeland stieß, dachte er, das könnte schon die Küste von Chile sein. Jedenfalls nannte er seine Entdeckung „Staaten-Land“...

Tasman ging schließlich in einer Bucht an der Nordwestecke der Südsinsel vor Anker. Da kamen bewaffnete Ureinwohner heran, Maoris, ramten eins der Landungsboote Tasmanns und töteten vier Matrosen.

Tasman fuhr noch die Westküste der Nordinsel entlang und vermaß den Strand. Er wäre 1643 gerne zur genaueren Erforschung aufgebrochen, aber die Herren in Batavia zweifelten, ob sich das rechnen würde.

1763 und II.

In dem Beitrag „Er beneidete das Sterben für Napoleon“ (Nr. 39) über den 1830 verstorbenen Ludwig Yorck von Wartenburg hätte es natürlich heißen müssen, dass seine Eltern 1763 geheiratet haben...

Und drängten die Russen von überall

Im Oktober vor 65 Jahren gipfelte der Vormarsch der Roten Armee im Massaker von Nemmersdorf

Im Herbst 1944 traf der Zweite Weltkrieg massiv auch die Menschen in Ostpreußen. Hatten sie lange Zeit in ihrer Abgeschiedenheit von den Fronten und weitestgehend auch vom Luftkrieg die Folgen des Krieges nicht gespürt...

Ende August 1944 hatten die 3. Panzerarmee und die 4. Armee der Heeresgruppe Mitte wider Erwarten die mit großer Wucht geführte Sommeroffensive der Roten Armee vor den Grenzen Ostpreußens und in Litauen zum Stehen gebracht.

Die Rückführung der Truppen verlief jedoch so langsam, dass keine wesentlichen Kräfte den Westteil Litauens erreichten, wo man dringende Verstärkungen brauchte.

Als die Großoffensive mit starker Artillerie- und Luftwaffenunterstützung gegen das Zentrum der 3. Panzerarmee am 6. Oktober losbrach, kamen die wenigen Reserven zu spät, sodass die Stellungstruppen auf sich allein gestellt kämpfen mussten.

Doch mit dem sowjetischen Durchbruch an die Ostsee war die Heeresgruppe Nord, die zu spät mit der Verschiebung von Truppen begonnen hatte, wieder von der Hauptfront abgeschnitten.

Inzwischen waren zwei sowjetische Armeen den Südfügel der 3. Panzerarmee auf einen flachen Brückenkopf nördlich von Tilsit zurück. Aus den umkämpften Gebieten strömten in Eile lange Flüchtlingssäue, die sehr spät den Aufruf zur Räumung erhalten hatten...

Booten von der Halbinsel Windenburg über das Kurische Haff retten.

Nun stand die Verteidigung Ostpreußens im Mittelpunkt der Anstrengungen. Da der Gegner bei der 2. Armee am Narew Brückenköpfe gewonnen hatte, drohte die Gefahr einer weiträumigen Umfassung...

Durchbruch um jeden Preis zu verhindern. Es sollte sich als fatal erweisen, dass Gauleiter Erich Koch eine Räumung der bedrohten Gebiete trotz eindringlicher Warnungen verbot.

Am 16. Oktober eröffnet der Gegner um 4 Uhr morgens ein

Hauptangriff oder nur um eine Fesselungsaktion handelt, dem Angriff gegen die Flanken folgen würden. Noch werden keine Reserven freigegeben.

Der Einbruch nördlich der Straße Wilkowschken – Gumbinnen weitete sich nach Süden aus; die Ge-

che Improvisation die zum Zerreißen gespannte Front zu halten.

Doch am 5. Angriffstag, dem 20. Oktober, fasst die 11. Gardearmee im Zentrum mehrere Panzerbrigaden zusammen und erzielt den Durchbruch über die Rominte, zehn Kilometer südöstlich von Gumbinnen, erreicht fast darauf den Stadtrand und erobert Nemmersdorf. Ein zweiter Angriffskorps zielt über Schützenwalde auf Angerapp, während 25 Kilometer weiter südlich hart um Goldap gekämpft wird.

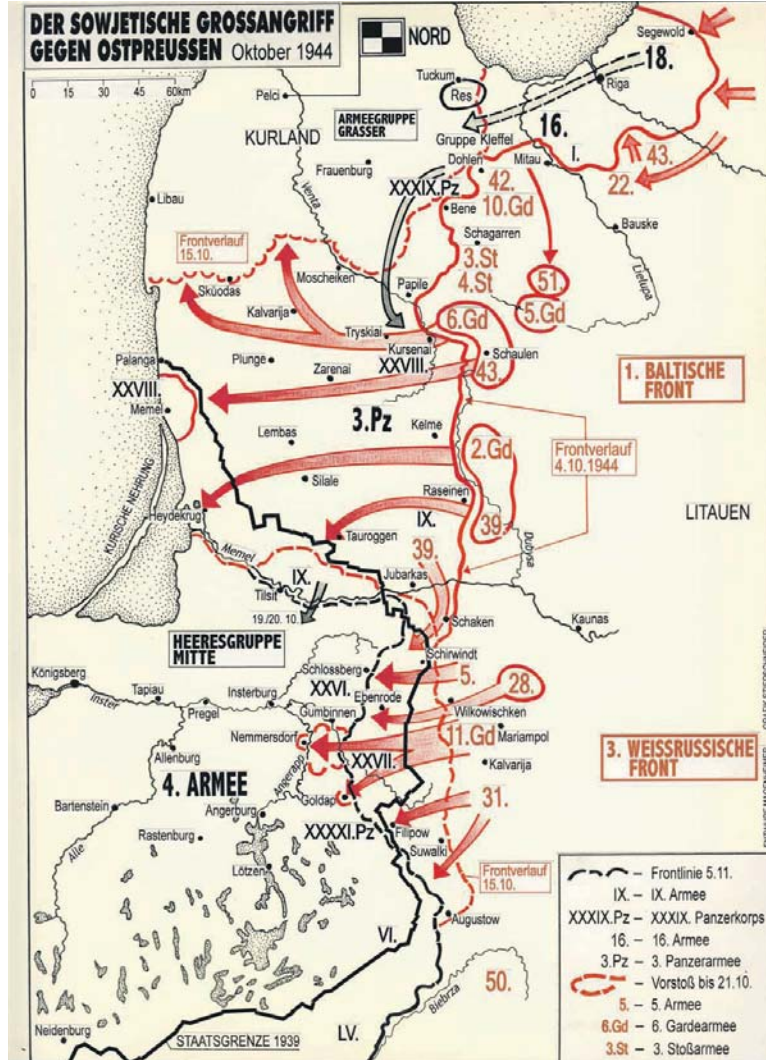
Nun greift Generaloberst Reinhardt ein und unterstellt der bedrängten Armee die 5. Panzer- und die Fallschirm-Panzerdivision „Hermann Göring“, während das Oberkommando des Heeres die Führer-Grenadierbrigade von Lötzen heranzführt.

Als deutsche Einheiten am 22. Oktober die Ortschaft Nemmersdorf zurückeroberten, bot sich ihnen ein schreckliches Bild. Es machte schlagartig klar, was der Bevölkerung drohte, wenn sie dem gnadenlosen Gegner in die Hände fiel.

Wann auch die 4. Armee in der Folge eine feste Front errichtete, war man sich in der Bevölkerung bewusst, welches Schicksal sie im Falle einer Besetzung durch die Rote Armee erwartete.

In den Dörfern bricht Panik aus, die Menschen flüchten ungeordnet

Die zweite Angriffsfase beginnt wieder mit schwerem Artilleriefeuer, dann setzen sich Infanterieverbände mit zahlreichen schweren Panzern, unterstützt durch zahlrei-



sung Ostpreußens von Süden her. Die wenigen gepanzerten Reserven verblieben also dort, sodass die 4. Armee unter General Friedrich Hossbach ohne Verstärkungen auskommen musste.

Zur Verteidigung der 350 Kilometer langen Front fehlten mehrere Divisionen

me, wo man den Angriff erwartete, wurde ein starkes und tiefes Stellungssystem errichtet. Zur Verteidigung der 350 Kilometer langen Front standen Hossbach nur sieben Infanterie-, sechs neue Volksgrenadier- und zwei Sicherungsdivisionen, dazu noch zwei Brigaden und ein Regiment zur Verfügung.

zweistündiges Trommelfeuer, gefolgt von Bomber- und Schlachtfliegerangriffen bisher unbekannter Heftigkeit auf die vorderen Linien und Ziele im Hinterland, wie Gumbinnen.

Während das XXVII. Armeekorps noch in der Nacht auf die „Großkampflinie“ ausgewichen ist und dem Trommelfeuer entgegen, wird das nördlich davon eingesetzte XXVI. Armeekorps schwer getroffen.

Es sind drei sowjetische Armeen, darunter die 11. Gardearmee, die auf einer Frontbreite von 90 Kilometern frontal zum Durchbruch in Richtung Gumbinnen – Königsberg ansetzen.

Zeit gewesen, die gefährdeten Gebiete zu räumen, doch die Gauleitung fürchtete einen Verfall der Wehrmoral und verlaubarte stattdessen Durchhalteparolen. Als der sowjetische Generalangriff schließlich am 13. Januar 1945 losbrach, mussten die Einwohner Ostpreußens die schrecklichen Folgen dieser Unterlassung tragen.

Heinz Magenheimer



Referenten des KpK



Tobias Seyfarth – Jahrgang 1976, studierte Politik und Geschichte. Schwerpunkte als Geschäftsführer des deutschen Teils der Euroregion Pro Europa Viadrina sind die Verbesserung der kommunalen Zusammenarbeit, die gemeinsame Tourismusentwicklung und das Zusammenwachsen der deutsch-polnischen Grenzregion.

Krzysztof Wojciechowski – 1956 in Warschau geboren, ist Direktor des Collegium Polonicum (CP). In Hinsicht auf die deutsch-polnische Beziehung gehören „Meine lieben Deutschen“ und „Knigge für deutsche Unternehmer in Polen“ zu seinen bekanntesten Publikationen. Er ist Mitbegründer und Vorstandsvorsitzender der Stiftung für das CP in Slubice sowie Gründer des Vereins „My Life – erzählte Zeitgeschichte e. V.“ in Frankfurt (Oder).



Annette Bauer – Sie wurde 1954 in Thüringen geboren. Nach einem Volontariat beim Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN) studierte sie Journalismik. Seit 1993 ist Bauer Pressereferentin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

Dietrich Schröder – 1961 in Thüringen geboren, studierte in Leipzig und Moskau. Seit 1992 schreibt er für das Ressort Deutsch-Polnische Nachbarschaft in der „Märkischen Oderzeitung“.



Kinga Hartmann-Wóycicka – 1953 in Warschau geboren, studierte Pädagogik und Psychologie. Seit 2003 leitet sie aus EU-Mitteln finanzierte deutsch-polnische Bildungsprojekte der Sächsischen Bildungsagentur, unter anderem das erste gemeinsam erarbeitete deutsch-polnische Geschichtslehrbuch, das den Titel „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten“ trägt.

Brücken geschlagen

7. Kommunalpolitischer Kongress in Frankfurt an der Oder und Slubice (Dammvorstadt)

Unter dem Motto „Deutsche und Polen – Nachbarn in Europa“ tagte der 7. Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen in Frankfurt an der Oder und der polnischen Nachbarstadt Slubice (Dammvorstadt).

Eine Brücke zu schlagen, bedeutet schwere Arbeit. Das gemeinsame Leben und Gestalten ist langwierig, braucht Geduld und Nachsicht von beiden Seiten des Wassers. Unter diesem Gesichtspunkt erklärten sowohl der Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder), Martin Patzelt, als auch Pawel Kisieleski, der Vertreter des Bürgermeisters der ehemaligen Frankfurter Dammvorstadt (Slubice), in ihren Grußworten die Identifikation der Bewohner mit ihrer Region zum gemeinsamen Ziel.

Zur Völkerverständigung trägt in ganz besonderer Weise die über 250 Meter lange Brücke über die Oder bei, die Frankfurt und Slubice verbindet. Auf ihr und um sie herum fand Geschichte statt. Sie wurde oft zerstört, aber immer wieder aufgebaut, am 21. Dezember 2007 fielen endlich die letzten Grenz- und Zollkontrollen weg. Doch zeigt sich immer wieder: Annäherung erfolgt langsam und behutsam. Das sind wichtige Erkenntnisse, die einerseits redundant klingen, andererseits jedoch zeigen, dass noch viel gearbeitet werden muss, um die Brücke der deutsch-polnischen Beziehung tragfähig zu machen.

Gottfried Hufenbach, Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen, leitete den Kommunalpolitischen Kongress. In der Absicht, von den Erfahrungen der Deutschen und Polen in der Region an der Oder zu profitieren und positive Erfahrungen auf die Region Ermland und Masuren übertragen zu können, führte er durch den Erfahrungsaustausch.

Krzysztof Wojciechowski berichtete über die Entstehung des Collegium Polonicum (CP), das 1994 als nicht selbstständige Gemeinschaftsuniversität der Partneruniversitäten Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder)



Materielle Verbindung zwischen Deutschen und Polen: Die Brücke zwischen Frankfurt an der Oder und Slubice/Dammvorstadt. Bild: Rinser

und der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen gegründet wurde. Finanziert wurde es von der polnischen Regierung, der EU und der Stiftung Collegium Polonicum. Das CP forscht als deutsch-polnische Begegnungsstätte auf dem Gebiet der Hochschuldidaktik.

Annette Bauer ergänzte diesen Vortrag durch einen Überblick der Geschichte und Entwicklung der Europa-Universität Viadrina. Neben den gemeinsamen Studiengän-

gen mit dem CP gibt es weitere, grenzüberschreitende Projekte, wie die „Heimatreise“, „Studierende und Absolventen bringen ehemalige deutsche Bewohner mit den heutigen polnischen Bewohnern zusammen. Sie übersetzen, helfen bei der Erkundung der gemeinsamen Geschichte.“ Das Projekt trägt damit viel Material und Arbeitskraft zum Brückenbau bei.

Dass die deutsch-polnischen Beziehungen auch von weltwei-

ten Entwicklungen abhängen, zeigten nach dem Anschlag auf das World Trade Center die scharfen Grenzkontrollen, die den gemeinschaftlichen Universitätsbetrieb nahezu lahm legten. Viele Faktoren nehmen also auf die Entwicklung des „Brückenbaus“ Einfluss.

Diese Erfahrung machte auch Tobias Seyfarth. Die Euroregion Pro Europa Viadrina unterstützt kulturelle und wirtschaftliche Projekte

und wird selbst durch die EU gefördert. Durch diese Einrichtung wurde beispielsweise bewirkt, dass deutsche und polnische Feuerwehren auf beiden Seiten der Oder zum Einsatz kommen. Neben Verbesserungen der Infrastruktur wird auch in dem Bereich der Wirtschaft und Wissenschaft gearbeitet. Schwierigkeiten befürchtet Seyfarth, wenn die EU-Fördermittel für diese Region verringert werden.

Der Journalist Dietrich Schröder berichtet von der Vergangenheitsbewältigung und dem Feiern der gemeinsamen Geschichte vor Ort. Auf die Frage, wie deutsche und polnische Jugendliche mit der gemeinsamen Geschichte umgehen, antwortet er, dass dieses Kapitel immer noch schwierig sei, weil in den Schulen Geschichte mit anderen Schwerpunkten gelehrt werde. Dennoch gebe es regen Kontakt und Diskussionen und damit Annäherung. Schröder hat den Eindruck, dass sich Spannungen langsam lösen – beispielsweise gibt es in Frankfurts Geschäften nicht mehr das Schild in polnischer Sprache „Ladendiebstahl wird bestraft“, sondern Schilder mit dem Inhalt: Wir sprechen auch polnisch, oder: Bei uns können Sie auch in Zloty zahlen.

Das Lehrbuch „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten – Die deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1933 bis 1949“ wurde von der Herausgeberin Kinga Hartmann-Wóycicka vorgestellt. Das Unterrichtsmaterial wurde gemeinsam von polnischen und deutschen Wissenschaftlern zusammengestellt. Seit der zweiten Auflage werden auch die Untergrundarbeit in Polen während der NS-Zeit sowie Flucht und Vertreibung thematisiert. Der Schwerpunkt liegt auf der Verschiebung der deutsch-polnischen Grenze im Bereich Niederschlesien und Sachsen. Anhand der Diskussionen wurde sichtbar, dass dieser „Pfeiler“ noch bearbeitet werden muss, um die Brücke stützen zu können.

Es sollte noch viele Kongresse geben, um dem Ziel, sich auf einer tragfähigen Brücke zu begegnen, näher zu kommen.

Christiane Rinser

Slubice oder Dammvorstadt?

An sich hatte der frühere Bundesaußenminister Klaus Kinkel nie Probleme mit alten deutschen Namen wie „Breslau“ oder „Danzig“. Nur der Name „Dammvorstadt“ kam ihm und den Vertretern seines Hauses niemals über die Lippen. Wenn vom heute polnischen Ostteil der Stadt Frankfurt an der Oder die Rede war, redet die gesamte politische Klasse im Land und fast alle Medien stets von „Slubice“. Die sinnvolle und politisch zurecht gewollte Zusammenarbeit zwischen „Frankfurt/Oder“ und „Frankfurt/Oder-Dammvorstadt“ – das klingt ein bisschen wie die Zusammenarbeit von Berlin mit Berlin-Kreuzberg. Der Namensbestandteil „-vorstadt“ markiert zudem überdeutlich die Zuge-

hörigkeit und auch Abhängigkeit des einen vom anderen, und genau die wollte bei gleichberechtigter Zusammenarbeit niemand anklagen lassen. Hinzu kam, dass Slubice heute eine eigenständige Kommune ist, was die Frankfurter Dammvorstadt nicht war.

All das erklärt, warum der schöne Ortsname „Dammvorstadt“ heute bundesweit fast vergessen ist, obwohl die Stadt selbst soviel näher liegt als etwa Tilsit oder Kattowitz. Dass der polnische Name in Deutschland häufig falsch „Slubitz“ ausgesprochen wird statt korrekt „Swubitz“ macht die kleine Absurdität komplett. Die *Preußische Allgemeine Zeitung* jedenfalls möchte den alten Namen in Ehren halten. K.B.

Von Deutschen und Russen gemeinsam geehrt

Gedenktafel am Wohnhaus der Dichterin Frieda Jung in Insterburg angebracht

Die letzten gut 13 Jahre bis zu ihrem Tod 1929 lebte die ostpreußische Dichterin Frieda Jung in Insterburg. In der Friedrichstraße 16 hatte sie sich ihre gemütliche Wohnung mit Bücherschrank, Schreibisch, Klavier und vielen Blumen eingerichtet und zuletzt den Band „Gestern und heute“ mit Gedichten und Kurzgeschichten veröffentlicht. 80 Jahre später – am 4. September 2009 – wurde die Ehrenbürgerin Insterburgs in der heute von den Russen „Tschernjachowsk“ genannten Stadt im Rahmen eines Stadtfestes mit Kulturtag geehrt. Vertreter der Stadt und die Heimatgruppe der Insterburger aus Darmstadt

enthüllten in einer Feierstunde eine aus Granit gefertigte Gedenktafel am Wohnhaus in der früheren Friedrichstraße 16, der heutigen Teatralnaja (Theaterstraße) 11.

Nach zweijähriger Planung mit Gesprächen und Briefwechseln zeigte sich auf deutscher Seite Projektleiter Klaus Marcinowski hoch zufrieden. Alles sei nach Plan gelaufen. Freundschaftlich habe man mit russischen Behörden dabei zusammengearbeitet, im Königsberger Gebiet an eine Persönlichkeit aus der Zeit vor der russischen Verwaltung und Souveränität zu erinnern.

Dabei war zunächst durchaus nicht sicher, ob der Plan zur Ent-

hüllung einer zweisprachigen Gedenktafel je Gestalt annehmen würde. Würde sich nach dem Wechsel des Bürgermeisters der neue an die Abmachung halten und die 1865 in Kiaulkehmen bei

Ehrenbürgerschaft angedacht

Gumbinnen geborene Lehrerstochter und Dichterin wie die deutsche Seite einer Ehrung würdig erachten? Zu diesen Zweifeln kam die von der oberen Denkmalbehörde in letzter Minute vorgebrachte Forderung des Nachwei-

ses, dass die Schöpferin der Gedichte „Herr, gib uns helle Augen“, „Im Schnee“ und „Dat Scheenste“ wirklich an dieser Adresse gelebt hat.

Die Sorgen, die Projektleiter und Buchautor Marcinowski sich bis zur Fahrt mit über 30 Ostpreußen gemacht hatte, zerstoben erst endgültig, als alle zur Feierstunde kamen. Bei herrlichem Wetter kamen der Stadtbürgermeister, der Kreisbürgermeister, die dort federführenden Bibliotheksleiterinnen und der Chor „Harmonie“. Er sang einige vertonte Gedichte der Geehrten; Schülerinnen trugen ihre Gedichte vor. Nachdem die Hülle von der Tafel gezogen war, legten zahlreiche

der rund 100 Teilnehmer, darunter viele geehrte Insterburger, Blumen nieder.

Und Stadtbürgermeister Andrej Naumov sprach nicht nur von der Fortsetzung der freundschaftlichen Zusammenarbeit von Russen und Deutschen, sondern verwies auch auf das kulturelle Erbe der geschichtsträchtigen Stadt. An sie müsse erinnert werden. Er schlug deshalb vor, dass der Stadtrat die Tradition fortführe und ein Ehrenbürgerbuch anlege. Frieda Jung solle so die erste Ehrenbürgerin des unter russischer Souveränität stehenden Insterburg werden und an erster Stelle des neuen Buches stehen. eju

Landsmannschafft. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

wechslungsreichen Beispielen durch versetzen der Fotos, verschiedene Formate oder Figuren, Wegschneiden von „langweiligen“ Passagen wie Straßenpflaster oder übermäßigem Himmel, Ausschnitten von Denkmälern und Hervorheben von Details, Auflockerung durch Einkleben von themenbezogenen Plastiken, Vignetten und hier auch Etiketten von „Danziger Goldwasser“ und „Stobbes Machandel“ aus Tiegenhof zeigte er, wie man ein Fotoalbum beleben kann. Er hatte ein Album mit Fotos von Danzig, Oliva, Zoppot und der Marienburg ausgewählt, so dass die Zuschauer auch einen Einblick in diese schönen Stätten der Heimat gewinnen konnten. Beeinträchtigt wurde die Schau nur durch ein verklemmtes Rollo und ungenügende Lichtverhältnisse.

Hanau – Mittwoch, 14. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Wetzlar – Nach der langen Sommerpause traf sich die Gruppe wieder in den „Grillstuben“. Nach der Begrüßung gab Kuno Kutz einen Rückblick auf die Aktivitäten der letzten Monate, zu denen das „60-jährige Bestehen“ der Gruppe in Gießen und das Jubiläum der Kreisgemeinschaft Mohrungen gehörte. Friederike Preuß trug das Gedicht „Heimat“ von Ingrid Koch vor, und Karla Weyland „Treppen“ von Clemens Conrad Rössler sowie „Bromberg“, und erinnerte damit an den Ausbruch des Krieges und das Leid, das die deutsche Bevölkerung in Bromberg im September 1939 erleiden musste. In den „Ostdeutschen Gedenktagen“ erinnerte Karla Weyland an Professor Kurt Tank. Er war einer der bekanntesten Flugzeugkonstruktoren und hat die Entwicklung der deutschen und internationalen Luftfahrt maßgeblich beeinflusst. Er wurde 1898 in Bromberg geboren und verstarb 1983 in München. Kuno Kutz unternahm in einem Diavortrag eine große Wanderung mit den Teilnehmern. Auf rund 100 Dias zeigte er die wunderschöne Landschaft Masurens, Teile des Ermlandes und einige Bilder von der unteren Weichsel mit Marienburg und Marienwerder. Wieder einmal wurde gezeigt, welche große Leistung der Deutsche Orden in Ost- und Westpreußen vor rund 800 Jahren geleistet hat. Da alles Vorkriegsaufnahmen waren, konnte man auch das Tannenbergsdenkmal, das Abstimmungsdenkmal in Allenstein und vor der Marienburg sehen.

Wiesbaden – Dienstag, 13. Oktober, Treffen der Gruppe zur Erntedankfest-Feier, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, Wiesbaden.

 **NIEDERSACHSEN**

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Freitag, 9. Oktober, 10.30 Uhr, Tagesausflug: „Fahrt zum Elchessen nach Sittensen“ und Besuch des „Tister Bauernmoors“. Abfahrt: 10.30 Uhr Busabfahrt ZOB Buxtehude, 10.35 Uhr Marktkauf / Post,

10.40 Uhr Apensener Straße / Denkmal, 10.45 Uhr Apensener Straße / Wachtelburg. Weitere Haltepunkte in Apensen und Beckdorf können abgesprochen werden. Mittagessen in Sittensen, Landhaus de Bur. Auf der Speisekarte stehen Elchbraten oder ein vegetarisches Gericht, Weiterfahrt nach Burgsittensen. Hier erwartet eine Kaffeetafel die Gruppe, anschließend fährt man mit der Moorbahn. Im Preis von 45 Euro sind enthalten: Mittagessen, Kaffeegedeck und Moorbahnfahrt. Anmeldungen umgehend unter Telefon (04161) 3406.

Göttingen – Dienstag, 13. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Ratskeller“, Göttingen.

Helmstedt – Donnerstag, 8. Oktober, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Begegnungsstätte“ Schützenwall 4. – Donnerstag, 15. Oktober, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Osnabrück – Sonnabend, 10. Oktober, Erntedanknachmittag in der Osnabrück-Halle. Anmeldungen bei Xenia Sensfuß, Telefon 430751, oder Gertrud Franke, Telefon 67479. – Freitag, 16. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhallener Weg 43.

 **NORDRHEIN- WESTFALEN**
Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonnabend, 10. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest in der Gaststätte Sprungmann, Osnabrücker Straße 65, 33649 Bielefeld. – Donnerstag, 15. Oktober, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Freitag, 23. Oktober, 18 Uhr, „Ostpreusischer Filmabend“ eine Sonderveranstaltung der Gruppe im „Oxford Club“, Adenauer Allee 7.

Dortmund – Montag, 19. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße.

Düsseldorf – Sonnabend, 10. Oktober, 11 Uhr, Gedenkstunde „60 Jahre LM Ostpreußen – Gruppe Düsseldorf“ im Eichendorff-Saal, GHH. – Dienstag, 13. Oktober, 19 Uhr, Lesung mit Ana Blandiana und Franz Hodjak: „Uhren auf Schienen“, Konferenzraum, GHH. – Mittwoch, 14. Oktober, 15 Uhr, „Ostdeutsche Stickerie“ mit Helga Lehmann und Christel Knak-

städt, Raum 311, GHH. – Freitag, 16. Oktober, 9 Uhr, Vorlesung von Dr. Winfrid Halder: „Preußen 1701–1947 – Eine deutsche Geschichte“ in der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Ennepetal – Sonnabend, 10. Oktober, 16 Uhr, Erntedankfest der Gruppe in der „Rosine“. – Donnerstag, 15. Oktober, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimattube, mit Imbiss.

Essen – Freitag, 16. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest der Gruppe.

Gevelsberg – Freitag, 16. Oktober, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest mit Verlosung und gemütlichem Beisammensein mit Musik im „Keglerheim“, Hagerstraße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 12. Oktober, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Molkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Leverkusen – Sonnabend, 10. Oktober, feiert die Gruppe ihr Erntedankfest. Zusammen mit den Mitgliedern, Familien und Gästen wird dieses traditionelle und heimatbezogene Fest begangen. Der Chor „Heimatmelodie“ (Leitung Max Murawski) singt zum Fest passende Lieder. Die Tanzgruppe „die flotten Marjellchen und Bowkes“ (Leitung Christa Mehlmann) führt Tänze auf. Vertreten ist ein Bauernpaar mit Knechten und Mägen. Es werden schöne Erntekörbe ausgelost. Zum bunten, kulturellen Programm tragen unter anderem bei: die Solisten des Cho-

res Hedwig Zentek, das Darbietungskünstler-Duo Hedwig Zentek und Else Huget. Anmeldungen ab sofort bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763.

Mülheim (Ruhr) – Dienstag, 13. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum 60-jährigen Jubiläum des Bestehens der Gruppe im „Handelshof“. Anschließend heimatisches Essen.

Wesel – Sonnabend, 10. Oktober, 17 Uhr, traditionelles Erntedankfest der Gruppe in der Heimattube, Kaiserring 4. Verschiedene Darbietungen mit der beliebten Tombola und vielen schönen Preisen stehen auf dem Programm. Für das leibliche Wohl wird wie immer gesorgt.

Witten – Donnerstag, 22. Oktober, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Es gibt Lieder und Gedichte zum Erntedank, Ideen zum Basteln (Zeit der Gedenktage).

Wuppertal – Frau Winterhagen würdigte den Einsatz der Leiterin der Handarbeitsgruppe Helga Nolde, der Leiterin der Tanzgruppe Ursula Knocks und der Chorleiterin Nelly Illnich. Einen weiteren Beweis für das Engagement der Jüngeren in der LO lieferte der 32-jährige Festredner Michael Weigand (BdV Landesgruppe NRW) mit seiner Rede. Er würdigte die fast 800-jährige deutsche Geschichte Ostpreußens: Ordensstaat, Herzogtum und Königreich Preußen. Ermunterte die Grobeldern, ihren Enkeln von Ostpreußen zu erzählen. Auch Agnes Miegel gehört zu einer Gedenkstunde, und so rezitierte Frau Winterhagen gekonnt „Die Frauen von Nidden“.


passend zur Dünenlandschaft sang der Chor Harmonie die Lieder: „Elche treten aus den Dünen“, „Ännchen von Tharau“ und zum Abschluss „Glocken für den Frieden“. Nelly Illnich hatte diese Lieder bestens mit dem Chor einstudiert und dirigiert. Frau Winterhagen scheute keine Kosten und Mühen, plante und führte eine würdevolle Gedenkfeier durch. Vielen Dank für die großartige, freie Rede und zugleich auch für die 30-jährige Tätigkeit als Kulturwartin und zehn Jahre als Erste Vorsitzende.

 **RHEINLAND- PFALZ**
Vors: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 9. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 16. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Donnerstag, 22. Oktober, 12.30 Uhr, Busfahrt ins Blaue mit Einkehr, Abfahrt ab Hauptbahnhof Mainz, Treffen am Bahnhofplatz um 12.30 Uhr. Der Fahrpreis beträgt pro Person 10 Euro (Mitglied) und 13 Euro (Nichtmitglied). Anmeldung bei Lm. Zachau, Telefon (06146) 5727.

Landsmannschafft. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Die Kreisgemeinschaft Schloßberg trauert um

 **Ursula Sebeikat**
geb. 31. 3. 1939 geb. Erdmann gest. 15. 9. 2009 Extertal


Trägerin des Silbernen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen.

Ursula Sebeikat hat die Arbeit der Kreisgemeinschaft und speziell ihres Ehemannes Herbert (verst. 11. 4. 2009), in vieler Hinsicht mit ganzer Kraft unterstützt, insbesondere bei der Erstellung der Ortschroniken und Heimatbriefe. Die Kreisgemeinschaft wird Ursula Sebeikat ein ehrendes Andenken bewahren.

Kreisgemeinschaft Schloßberg (Ostpreußen)
Michael Gründling Kreisvertreter
Renate Wiese Geschäftsführerin
Joachim Löwe Christian-Jörg Heidenreich Stellvertretende Kreisvertreter

Und die Meere rauschen den Choral der Zeit Elche stehn und lauschen in die Ewigkeit.

Mit großer Betroffenheit erreichte uns die Nachricht vom plötzlichen Tode des Vorsitzenden unserer Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit

 **Albert Wylengowski**

der nach kurzer Krankheit in den Mittagsstunden des 23. September 2009 im 81. Lebensjahr für immer von uns gegangen ist.

Der Verstorbene war seit Gründung der Deutschen Minderheit bis zu seinem Tode deren Vorsitzender.

Dank seiner Zielstrebigkeit und seines Organisationstalentes hat er die Neidenburger Gruppe der Deutschen Minderheit in kürzester Zeit aufgebaut.

Im Juli diesen Jahres galt es das 15-jährige Jubiläum dieses Zusammenschlusses zu feiern, dass er mit großem Engagement vorbereitet hat.

Landmann Wylengowski hat sich um die Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit verdient gemacht und wird uns allen fehlen.

Die Lücke, die er hinterlässt, ist nur schwer zu schließen.

Wir werden Albert Wylengowski stets ein dankbares und ehrendes Gedenken bewahren.

Kreisgemeinschaft Neidenburg e. V.
Gerhard Toffel Kreisältester
Jürgen Szepanek Kreisvertreter

Wir haben gemeinsam gelebt, geliebt, gelacht – wir haben zusammen gekämpft, gehofft, verloren.

In Liebe und Dankbarkeit nahmen wir Abschied von meinem geliebten Mann, unserem herzenguten Vater, Schieger-vater, Opa und Uropa.

 **Siegfried Banik**
* 4. 7. 1930 † 24. 9. 2009

Irmgard
Brigitte und Rüdiger
Reinhard und Brigitte
Sylvia, Thorsten und Lisa
Claudia, Karsten, Laura und Sarah

Weißdornweg 4
41540 Dormagen-Horrem

Die Trauerfeier fand statt am Donnerstag, dem 1. Oktober 2009, um 14.00 Uhr in der Trauerhalle des neuen Friedhofes in Dormagen.

Anschließend begleiteten wir ihn zur letzten Ruhe.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir diese als solche zu betrachten.

Wenn Sie einen Todesfall zu beklagen haben, kann Ihre Anzeige bereits in der nächsten Woche erscheinen.

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg
Tel. 0 40 / 41 40 08 47 · Fax 0 40 / 41 40 08 51

www.preussische-allgemeine.de

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahlskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Hauptkrestreffen der Kreisgemeinschaft – Das diesjährige Krestreffen der Kreisgemeinschaft Fischhausen wurde am Nachmittag des 18. September 2009 von dem Vorsitzenden Wolfgang Sopha mit einer Vorstandssitzung eröffnet. Auf dieser Sitzung wurde unter anderem eine Reise ins Samland mit Klaus Lunau im nächsten Jahr beschlossen. Interessenten werden bereits jetzt und an dieser Stelle um rechtzeitige Anmeldung zu dieser Fahrt gebeten. Im Anschluss an die Vorstandssitzung fand die traditionelle Kranzniederlegung am Gedenkstein im Drosteipark statt.

Der Freitagabend war den Repräsentanten sowie den schon anwesenden Ortsvertretern gewidmet. So war u. a. der Kreispräsident, Herr Burkhard E. Tiemann nebst der stellvertretenden Kreispräsidentin, Frau Martina Kaddatz, erschienen. Zu diesem Zusammensein waren auch die stellvertretenden Wehrführer der Pinneberger Freiwilligen Feuerwehr geladen worden. Dank deren sofortigen Eintreffens beim Brand in unserem Museum am 31. Juli des Jahres werden wir voraussichtlich im Frühjahr 2010 wieder in unsere Ausstellungs- und Geschäftsräume einziehen können. Aber bis dahin liegt noch ein langer und arbeitsreicher Winter vor uns.

Am Sonntag wurden dann die Räume im Hotel Cap Polonio für die Besucher eröffnet. Der große Saal blieb für diesen Tag geschlossen und so fand ein sehr familiäres Krestreffen statt, da alle ein wenig näher zusammengedrückt waren und sich auch über die einzelnen Ortschaften hinweg lebhaftes Gespräch entwickelten. Hauptthema aber war der Brand im Bürgerhaus. Rund 250 Sammler waren zu dem Heimattreffen in Pinneberg gekommen, um sich über ihre Heimat Ostpreußen, den Krieg, die Vertreibung und ihre Jugendreun-

de auszutauschen. Der Gedanken- austausch der Heimat- und Familienforscher kam dank Heidrun Meller nicht zu kurz. Dr. Ole Schröder, Mitglied des Bundestages für die CDU, informierte die Fischhausener über die aktuelle Situation des Bundes der Vertriebenen und betonte ausdrücklich die Unterstützung der Bundeskanzlerin für Frau Steinbach. Der gemütliche Ostpreußenabend wurde mit einem gemeinsamen Abendessen eingeleitet. Spiel und Gesang rundeten den harmonischen Abend ab.

Das Treffen am Sonntag fand im großen Saal des Hotels Cap Polonio statt und fand seine musikalische Einstimmung mit dem gemischten Chor aus Pinneberg-Waldenau. In der Begrüßungsansprache unseres Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Fischhausen e.V. dankte Wolfgang Sopha nochmals ausdrücklich der Pinneberger Feuerwehr für deren Einsatz zum Erhalt unseres Museums. In ihrem Grußwort kam auch die Pinneberger Bürgerversorgerin, Natalina Boenigk (CDU), noch einmal auf das Brand-Unglück zu sprechen. Fast wäre ein Teil der samländischen Geschichte, Wurzeln und Erinnerungen verloren gegangen, so die Schirmherrin dieser Veranstaltung. Die Festrede hielt der Pastor im Ruhestand, Alfred Scherlies, über seine Arbeit des Fördervereins „Rat und Tat“ in Königsberg, heute Kaliningrader Oblast. Mit bewegenden Worten schilderte er die Schicksale zahlreicher Familien und berichtete darüber, wie diese von dem Verein unterstützt werden. Der Vortrag stand unter dem Thema: „Nicht Fische verteilen, sondern Angeln“, ganz nach dem Motto: Hilfe zur Selbsthilfe.

So hatten wir auch in diesem Jahr ein fröhliches und harmonisches Krestreffen. Wir wünschen allen ein gesundes Wiedersehen bei der Wiedereröffnung unseres Museums oder aber spätestens zum nächsten Krestreffen im September 2010.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreisgumbinnen.de

Ein arbeitsreiches und fröhliches Wochenende in Bielefeld

Dem Bundestreffen wird jedes Jahr mit gespannter Erwartung entgegen gesehen. Für viele der im ganzen Land verstreuten Gumbinner sind die Füße zu müde und die Wege zu weit geworden. Dennoch bleibt der Wunsch, sich in der Patenstadt zu treffen groß und man macht sich auf. So war es auch am 12. und 13. September 2009 in Bielefeld. Es wurden Wahlen für den Vorstand abgehalten, die Beiräte für bestimmte Sachbereiche und Kirchspiel- und Ortsvertreter konnten bestätigt werden, so dass für die nächsten fünf Jahre die aktive Arbeit weitergeht. Und so setzt sich der Vorstand zusammen: 1. Vorsitzender Eckard Steiner, Stellvertreterin Karin Banse, Schriftführerin Helga Roths, Schatzmeister Christa Hermann und Artur Meitsch, Schriftleiter für den Heimatbrief und Homepage Horst Deutschmann. In den Sachbereichen arbeiten mit: Kreisdatei und Datenverwaltung – Klaus Stephan; Datenerfassung – Walter Fenselau; Geburtstage / Jubiläen / Sterbefälle – Klaus Stephan; Ortschroniken / Heimatgeschichte – Siegfried Schmidt; Berater für das Archiv – Dietrich Goldbeck; Digitale Medien im Archiv – Gerhard – D. Thies Kontakt zu Gusev / Gumbinnen – Richard Mayer; Familienforschung – Klaus Stephan. Daneben unterstützen die Vertreterinnen und Vertreter von Stadt und Land die Arbeit in der Kreisgemeinschaft. Für Gumbinnen-Stadt: Eva Grumblat und Lisbeth von Daehne; Gumbinnen-Nord und Preußendorf: Hannelore Hahne; Gumbinnen-Süd; Christa Hermann; Amtshagen: Karl Feller; Branden: Margot Thies; Gerwen: Erika Schiemann; Großwaltersdorf: Christel Motzkus; Herzogskirch: Eckard Steiner; Kanthausen: Walter Fenselau; Nemmersdorf: Gerda Nasner. Harald Tanck, Vorsitzender der Vereinigung der ehemaligen Friedrichs- und Cecilenschüler, teilte mit, dass er mit der Auflösung beauftragt wäre. Die Kreisgemeinschaft wird die Belange der Vereinigung auch zukünftig gut vertreten. Nach dem Planchandern miteinander kam der gemütliche Teil mit einem Chorkonzert des Kant-Chores, bevor man sich im Hotel Brenner traf.

Der Sonntag begann mit einer Feierstunde, die mit einer Andacht von Pfarrer i. R. Dietmar Balschun eingeleitet wurde. Beim Totengedenken wurde besonders der drei aktiven Mitglie-

der des letzten Jahres gedacht. Arthur Klementz, Gerhard Marks und Erwin Heisrath, eingeschlossen waren auch die bei Krieg und Vertreibung Getöteten und Vermissten aller Völker. Auch in diesem Jahr konnten verdiente Gumbinner mit dem Ehrenzeichen gewürdigt werden. Sie haben sich für Gumbinnen und die ostpreußische Heimat verdient gemacht. Es sind Waltraud und Siegfried Schmidt, die jahrelang den Heimatbrief herausgaben, Siegfried Grawitter, der sich als Leiter der Arbeitsgemeinschaft „Ostpreußisch Platt“ für den Erhalt der Muttersprache einsetzt. Zwei Vertreter der Patenstadt Bielefeld wurden mit der Ehrenmitgliedschaft der Kreisgemeinschaft ausgezeichnet: Oberbürgermeister Eberhard David und Bürgermeister Horst Grube. Beide haben sich um unser Gumbinnen verdient gemacht, nicht nur, dass sie für die Belange der Kreisgemeinschaft ein offenes Ohr hatten. Sie waren schon Besucher unserer Heimatstadt und einige bedeutende Aktionen wurden von ihnen unterstützt, unter anderem tut ein Bielefelder Feuerwehrauto Dienst in Gusev und 30 Stadtlaternen aus Bielefeld erleuchten die Stadt. Sehr amüsant schloss der Vormittag mit einer Plauderei von einem berühmten Gumbinner ab. Gerd Siemoneit-Barum erzählte von einer in der Heimat entfachten Sehnsucht nach der Zirkuswelt und der Verwirklichung nach dem Krieg und seinem Werdegang als weltbekannter Zirkusdirektor und Tierdozent. Der Weg nach Bielefeld hat sich mal wieder gelohnt, vielleicht kommen nächstes Mal wieder mehr.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Glückwünsche zur Eisernen Hochzeit – Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil

gratuliert nachträglich ihrem ehemaligen Kreisvertreter Georg Vögel (1971–1980) und seiner Gattin Ilse geb. Krause sehr herzlich zu ihrem Fest der Eisernen Hochzeit am 27. September 2009 mitsamt allen guten Wünschen für die nächsten Jahre. Der damalige Oberleutnant der Luftwaffe lernte während seiner dienstlichen Verwendung auf dem Fliegerhorst Heiligenbeil die Lehrerstochter Ilse Krause kennen, die ebenfalls als Lehrerin an der Hauswirtschaftsschule angestellt war. Am 27. September 1944 gaben sie sich vor dem Traualtar das Jawort für das gemeinsame Leben. Nach dem Krieg zog das Paar nach Berlin, wo Georg Vögel – als ausgebildeter Fischkaufmann – eine Fisch-Import-Firma gründete, die sich Jahrzehnte lang auf dem Markt behauptete. Obwohl Georg Vögel aus Bremerhaven stammt, hat er sich von Anfang an für die Belange der Ostpreußen eingesetzt, insbesondere für die der Heiligenbeiler. In der Heiligenbeiler-Landesgruppe Berlin war er von Anfang an dabei, bis weit in die achtziger Jahre. Zuletzt als Vorsitzender und bei unserer Kreisgemeinschaft nahm er von 1971–1980 die Aufgaben als Kreisvertreter wahr. Paten und „Patenkinder“ pflegten damals ein sehr herzliches Verhältnis, wofür die Patenabende am Abend vor dem Krestreffen beispielhaftes Zeugnis ablegten. Stellvertretend für die Kreisgemeinschaft möchte ich mich ebenfalls bei Ilse Vögel für ihren unermüdeten Einsatz bedanken. Sie organisierten bis im Jahr 2005 die Schultreffen der Heiligenbeiler Schulen. Für das Herzblut, was Sie liebes Ehepaar Georg und Ilse Vögel für die Belange unserer Kreisgemeinschaft haben fließen lassen, unseren herzlichsten Dank! Elke Ruhnke.

Diesjähriges Hauptkrestreffen – Unser Hauptkrestreffen fand in diesem Jahr am 11., 12. und 13. September im Veranstaltungszentrum in Burgdorf bei Hannover statt. Am Vorabend des Treffens kamen wir zum traditionellen Patenabend / Matjesabend zusammen. Unter den Gästen des Abends waren die Mitarbeiter und Freunde der Kreisgemeinschaft sowie die Vertreter der örtlichen Parteien und des Bundes der Vertriebenen (BdV). Kreisvertreterin Elke Ruhnke begrüßte die geladenen Gäste. Gerlinde Groß (Hohenfürst) bereicherte unsere ge-

meinsamen Stunden mit ihren Beiträgen in ostpreußischer Mundart. Am Sonnabend öffneten sich dann die Pforten des Veranstaltungszentrums Burgdorf. Die beobachteten Wiedersehensfreunden der Landsleute waren rührend. Pünktlich um 11 Uhr fand die Rede am Gedenkstein statt. Dieser trägt die Inschrift „Kreis Heiligenbeil Ostpreußen unvergessen“. Anschließend erfolgte die Niederlegung von Blumen im Park zu Burgdorf. Wie die Jahre zuvor sprach unser Ehrenvorsitzender Siegfried Dreher Worte der Erinnerung an die gemeinsame Heimat – den Kreis Heiligenbeil – und über das ertragene Schicksal seiner Menschen. In seiner kurzen Rede betonte Dreher, dass der Verlust der Heimat seit Jahrzehnten schmerzt. „Dennoch kann man von innerem

Wohlfahrtsmarken
www.wohlfahrtsmarken.de

Reichtum reden, den haben wir mitgenommen, dieser ist unveräußerlich.“ Die Heimat wird geliebt, weil es immer unsere Heimat bleibt! Die offizielle Mitgliederversammlung fand im Haus der Jugend statt. Kreisvertreterin Ruhnke trug ihren Jahresbericht 2008/2009 vor. Die einzelnen Tagesordnungspunkte fanden nach wie gewohnt statt, unter anderem die Totenernung durch die Kreisvertreterin, Mitgliederehrungen und die Wahlen zum Krestag. Die ausgesprochenen Ehrungen während der Mitgliederversammlung nahmen zu Tränen gerührt entgegen: Silberne Ehrennadel Frau Charlotte Gassert (Bladiau), Goldene Ehrennadel Heinz Klein (Dt. Thierau) und Bruno Schweitzer (Eisenberg) ebenfalls Gold. Ab 14 Uhr wurden zahlreiche Besucher in unserer Heimatstube vom Zweiten Stellvertreter Michael Ochantel empfangen. Das besondere Bonbon des Tages war die Autorenlesung des ostpreußischen Schriftstellers, Arno Surminski. Er las aus seinem Werk „Aus dem Nest gefallen“. Über die große Zahl der Zuhörer war Surminski sehr erfreut und

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

SUPER-ABOPRÄMIE für ein Jahresabo der

DIE DEUTSCHEN
EIN JAHRTAUSEND
DEUTSCHER GESCHICHTE

Eine bewegende Zeitreise in ein Land mit wechselvoller Geschichte! Diese extrem aufwendige Dokumentarreihe spannt den historischen Bogen von den Anfängen unter Otto dem Großen im 10. Jahrhundert bis zur Ausrufung der ersten deutschen Republik 1918 durch Philipp Scheidemann.

ANTWORT-COUPON

Schicken Sie mir bitte die Preußische Allgemeine Zeitung von der nächsten erreichbaren Ausgabe an für mindestens 1 Jahr und zusätzlich die Prämie für 2 Zt. nur EUR 99,60 im Jahr (inkl. Versandkosten). Mit dem Bezug der Preußischen Allgemeinen Zeitung werde ich gleichzeitig Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen. Giltig ist der jeweils aktuelle Bezugspreis. Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Für bestehende Abonnements oder Kurzeitzugabes (unter 12 Monaten) wird keine Prämie gewährt. Im letzten halben Jahr werden weder noch eine andere Person aus meinem Haushalt Abonnent der Preußischen Allgemeinen Zeitung. Prämienanlieferung solange Vorrat reicht. Lieferung nur innerhalb Deutschlands.

Ja, ich abonniere für mind. 1 Jahr die Preußische Allgemeine Zeitung und erhalte die Prämie DIE DEUTSCHEN
 bequem + bargeldlos durch Bankbuchung gegen Rechnung
Name/Vorname: _____ Kontonummer: _____
Straße/Nr.: _____ Bankleitzahl: _____
PLZ/Ort: _____ Geldinstitut: _____
Telefon: _____

10 DVDs
Einfach absenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg
oder am schnellsten per
SERVICE-TELEFON bestellen



Von kalten Füßen und heißen Sohlen

Eine Ausstellung im Bremer Übersee-Museum präsentiert Schuhe unter verschiedenen Blickwinkeln

Die älteste Sandale Europas, Biedermeierstiefel, Schuhe von Marie-Dietrich, Marilyn Monroe oder Jürgen Klinsmann – 400 Exponate erzählen im Bremer Übersee-Museum auf 800 Quadratmetern die Geschichte und Geschichten von Schuhen. Von der Fußbekleidung der Neandertaler über römische Sandalen bis hin zu aktuellen Designerschuhspannt die Ausstellung einen Bogen über Epochen und Kontinente.

Kaum ein anderes Kleidungsstück hat so zahlreiche Spuren hinterlassen wie der Schuh. Die Ausstellung „Schuhtick – Von kalten Füßen und heißen Sohlen“, die

Nur Patrizier und der Papst durften rote Schuhe tragen

vom Landesverband Westfalen-Lippe, dem Übersee-Museum Bremen und den Reiss-Engelhorn Museen Mannheim konzipiert wurde, beleuchtet aus unterschiedlichen Perspektiven das Thema. „Unter thematischem, chronologischem, regionalem und funktionalem Blickwinkel präsentiert sich ein alltägliches Objekt auf immer neue und andere Art und Weise dem Besucher“, hebt Andrea Müller im Begleitbuch zur Ausstellung hervor. „Als zentrales Element gestalten vier überdimensionale Schuhkartons die Ausstellung. Sie sind begehbare Ausstellungsräume, in denen der Besucher erfährt, dass Schuhe nicht nur funktionale

und schmückendes Kleidungsstück sind, sondern darüber hinaus Statussymbol, Kultobjekt, Glücksbringer, Fetisch, Designprodukt oder Kunstwerk.

Selbst im modernen Schlager haben Schuhe Einzug gefunden, ganz zu schweigen von der Literatur und Märchenwelt. Elvis Presley sang von blauen Wildlederschuh („Blue suede shoes“), Nancy Sinatra ließ ihre Stiefel losmarschieren („These boots are made for walking“), Hans Christian Andersen schrieb ein Märchen über „Die roten Schuhe“, während Joachim Ringelnatz ein Loblied auf seinen Schuhputzer verfasste. Von Albrecht Dürer sind Entwürfe für Schuhe überliefert. Aus den 20er Jahren des 16. Jahrhunderts stammt eine genaue Schuh-Konstruktionszeichnung mit detaillierten Anweisungen für den Schuhmacher. Nach diesem Entwurf ließ Dürer sich damals sehr modische Kuhmaulschuhe anfertigen. „Zeige mir deine Schuhe, und ich sage dir, wer du bist“, besagt ein Sprichwort. In

privilegierte Herkunft auf, andere konnten sich diesen Schmuck ohnehin nicht leisten. „Das Tragen von roten Schuhen war im antiken

Rom den Patriziern vorbehalten“, erläutert Andrea Müller, „und im Mittelalter übernahm der Papst dieses Privileg. Im 17. / 18. Jahrhundert war es in Frankreich nur den Angehörigen des Hofes erlaubt, rote Absätze an ihren

erhalten und seine Kollektionen mit roten Schuhsohlen verziert.“

Schuhe beherrschen unser Leben, zumindest das der Frauen, will man einem Vorurteil aus der Männerwelt Glauben schenken. Pumps, Peep-toes, Ballerinas, Sneakers oder Boots – man muss sich schon auskennen mit diesen Fachbegriffen. Doch nicht immer passt jede Modeerscheinung für jeden Fuß. Manche Exemplare sehen zwar bezaubernd aus, doch verheizen sie bereits beim Anblick schmerzende Zehen.

Natürlich sind sie nicht mit den Schuhen für den Lotos-Fuß zu vergleichen. Entstanden durch eine (Un)sitte im alten China, als man adeligen Mädchen zwischen vier und acht Jahren die Füße einband und so verformte, dass sie in diese ausgesprochen zierlichen Schülchen passten. Erst seit der Gründung der chinesischen Republik stand diese Quälerei unter Strafe. „Wer schön sein will, muss leiden“, sagt ein anderes Sprichwort. Doch allzu viel Schönheit geht auf Kosten der Gesundheit. Zu einer Volkskrankheit hat sich der Hallux valgus (Schiefe Zehe) entwickelt, unter dem vor allem Frauen leiden. Ursache: jahreslanges Tragen von falschem, zu engem Schuhwerk.

Silke Osman



Die Leidenschaft (fast) jeder Frau: Elegante Schuhe

Bild: Übersee-Museum

Schuhen zu tragen, heute hat sich der französische Designer Christian Louboutin dieses exklusive Merkmal als Markenzeichen aus-

gewählt. Die Ausstellung „Schuhtick“ ist im Übersee-Museum Bremen, Bahnhofplatz 13, bis zum 28. März 2010 dienstags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, am Wochenende von 10 bis 18 Uhr zu sehen. Vom 16. Mai bis 12. September 2010 wird sie in den Reiss-Engelhorn Museen Mannheim gezeigt.

Auskünfte über spezielle Angebote für behinderte Menschen erteilt der Tourismusverband Mecklenburgische Seenplatte, Turmplatz 2, 17207 Röbel / Müritz, Telefon (039931) 538-0 oder -28, zu finden auch im Internet unter www.mecklenburgische-seenplatte.de. Informationen über den Nationalpark gibt es außerdem unter www.nationalpark-mueritz.de. PAZ

Wagemutige Weltumrundung der Clärenore Stinnes

Rennfahrerin erprobt ein normales Serienauto auf 49 000 Kilometern in der rauen Wirklichkeit fremder Länder – Film und Ausstellung

Clärenore Stinnes gilt als erste Frau, die mit einem Auto die Welt umrundet hat. Von Mai 1927 bis Juni 1929 dauerte die 49 000 Kilometer lange Reise, welche die Tochter des Großindustriellen Hugo Stinnes und den schwedischen Kameramann Carl-Axel Söderström durch 23 Länder führte. Ein Dokumentarfilm sowie eine Ausstellung rekonstruieren derzeit diese abenteuerliche Expedition.

„Ich will keinen Rennwagen erproben, sondern ein normales Gebrauchtsauto in der rauen Wirklichkeit. Es geht hier nicht um Rekorde. Ich will mit einem ganz gewöhnlichen Kasten mit vier Rädern und einem Motor, wie ihn jedermann im Geschäft kaufen kann, um die Welt fahren. Und zwar durch Gegenden, in denen noch nie ein Auto gefahren ist.“

In der Wüste Gobi fast von Deserteuren erschossen

Natürlich muss es ein deutsches Fabrikat sein“, dies erklärte Clärenore Stinnes den Journalisten der Berliner Tageszeitungen und Korrespondenten der auswärtigen Presse im Mai 1926.

Zu diesem Zeitpunkt ist die couragierte junge Frau im Automobilspion keineswegs eine Unbekannte. Zuvor hatte sie bereits 17 Autorennen gewonnen und bei der als äußerst schwierig geltenden Zuverlässigkeitsfahrt quer durch Russland als einzige Frau alle 52 teilnehmenden Männer als Siegerin hinter sich gelassen. Bei dieser Rallye, die von St. Petersburg über Moskau nach Tiflis führt, kommt

ih auch die Idee einer Weltumrundung.

Die Reise wird von der 26-Jährigen minutiös vorbereitet. Sie spricht bei Außenminister Gustav Stresemann vor, der persönlich die deutschen Auslandsvertretungen anweist, sie auf ihrer Reise zu unterstützen. Stinnes klappert außerdem sämtliche Botschaften in Berlin ab, durch deren Länder sie reisen möchte, und wirbt 100 000 Reichsmark an Sponsorengeldern bei der Industrie ein. Denn ihre Fahrt soll nicht zuletzt für die Qualität deutscher Industrieprodukte werben. Die Frankfurter Adlerwerke stellen ihre neueste Serienlimousine „Standard 6“ mit stabiler Stahlkarosserie zur Verfügung. Ein Sechszylinder mit 40 PS und 80 Stundenkilometer Höchstgeschwindigkeit. Zwei Liegesitze werden eingebaut und große Transportkisten auf den Trittbrettern befestigt. Mit von der Partie sind außerdem zwei Monteure in einem Begleit-Lastwagen, mit dem Treibstoff, Ersatzteile, Werkzeug, Reifen, Stemmalken, mehrere Pistolen, ein Zelt sowie drei Abendkleider transportiert werden.

Im Mai 1927 startet Clärenore Stinnes ihre Fahrt in Frankfurt am Main. Begleitet wird sie nun zusätzlich von dem schwedischen Kameramann Carl-Axel Söderström, der ihre Weltreise als Dokumentarfilm festhalten soll, um noch mehr öffentliche Aufmerksamkeit für ihr Unternehmen zu wecken. Söderström, der bis dahin bei Filmen mit Greta Garbo mitgearbeitet hatte, notiert bereits nach nur wenigen Tagen in sein Tagebuch: „Wenn das so weitergeht, kommt nur mein Hemd nach Hause.“

Schon in Prag haben sie die erste Reifenpanne. Aber Clärenore treibt ihre Monteure an, sie will Russland unbedingt vor Einbruch des Winters erreichen. Pausen werden auf der ersten Etappe deswegen nur für

Söderström bleibt noch an der Seite von Clärenore Stinnes. Das Zweiergespann macht trotzdem weiter. Söderström hadert zwar oft mit der dickköpfigen jungen Frau, aber er kann ihr seine Anerkennung nicht verwehren: „Sie muss“, protokolliert er, „aus Stahl gemacht sein, so wie sie alles aushält, ohne zu klagen.“

Der Weg führt die beiden in Richtung Osten, keine Schwierigkeit und keine nur denkbare Panne bleibt ihnen erspart. Sie stecken bei minus 53 Grad im sibirischen Winter fest und müssen, um die Reise fortsetzen zu können, mit ihrem

schwierigste heraus, an der die Expedition doch fast zu scheitern droht. Der Adler muss im Hochgebirge mit Flaschenzügen allein über Pässe und Steigungen bis 60 Grad transportiert werden. An manchen Tagen schaffen sie gerade einmal 150 Meter, und als sie sich im August 1928 mit den Vorräten verrechnen, verdursten sie beinahe.

In Chile angekommen, nehmen sie das Schiff nach Los Angeles. Sie werden überall von Gouverneuren und Bürgermeistern empfangen und müssen zahlreiche Interviews geben. Als Präsident Edgar Hoover Clärenore Stinnes allein nach Washington einlädt, sagt die mehrsprachige und forsche junge Frau allerdings ab. Erst als die Einladung um Söderström erweitert wird, nimmt sie an und gemeinsam besuchen sie das Weiße Haus. Der von ihr dort gehaltene fünfminütige Vortrag wird von über 21 Rundfunkstationen ausgestrahlt und die USA bejubeln die 27-Jährige als Vorbild für die Emanzipation der Frauen.

Per Schiff geht es von New York nach Le Havre und nach zwei Jahren und einem Monat Fahrtzeit treffen Stinnes und Söderström im Juni 1929 in Berlin ein. Beiden wird dort ein prächtiger Empfang bereitet und Clärenore beschließt zu Ehren Söderströms noch weiter bis

Stockholm zu fahren, wo sie Kilometer 49 244 erreichen und von neuem gefeiert werden. Die Premiere ihres Dokumentarfilms „Mit dem Auto durch zwei Welten“ sowie die dazugehörige Buchveröffentlichung finden bereits im Herbst 1929 statt.

Im Dezember 1930 heiraten der mittlerweile geschiedene Carl-Axel Söderström und Clärenore Stinnes. Aus der geschäftsbedingten Reisebegleitung war nach zwei Jahren Liebe geworden. Das Ehepaar Söderström geht im Jahr 1932 nach Schweden, sie bewirtschaften dort gemeinsam einen Gutshof und ziehen ihre drei eigenen Kinder sowie mehrere Pflegekinder groß. Allerdings, so verfügte Clärenore Stinnes, die 1990 in Schweden mit fast 80 Jahren starb, sollte ihre Lebensgeschichte, niemals als Liebesgeschichte erzählt werden. An diese

Lebensgeschichte niemals als Liebesgeschichte

Weisung hielt sich die Regisseurin Erica von Moeller, die mit ihrem Dokumentarfilm „Fräulein Stinnes fährt um die Welt“ der weltumreisenden Pionierin Clärenore Stinnes in diesem Jahr ein filmisches Denkmal gesetzt hat.

Ergänzt wird der Film, in den Originalsequenzen Söderströms eingefügt wurden, durch die gleichnamige Ausstellung „Fräulein Stinnes fährt um die Welt“. Diese ist vom 9. Oktober bis 15. November im Museum Winsdorf, Rathausstraße 9, und danach vom 24. Januar bis 25. April 2010 im Frauenmuseum Wiesbaden, Wörthstraße 5, zu sehen. Anne Bruch



Keine Angst vor Problemen: Clärenore Stinnes (kleines Foto) überwand mit Carl-Axel Söderström jedes Hindernis (Filmszene).

Bild: realfictionfilm

Reparaturen gemacht. Gegessen wird während der Fahrt, dafür hatte sie mit 148 hartgekochten Eiern im Gepäck vorgesorgt. Bald allerdings fällt einer der beiden Techniker wegen Krankheit aus und auch der zweite gibt das Abenteuer Weltumrundung auf. Einzig Carl-Axel

Wagen den zugefrorenen Baikalsee überwinden. In der Wüste Gobi werden sie beinahe von chinesischen Deserteuren erschossen. Über Peking, Kobe und Tokio gelangen sie endlich nach Südamerika. Allerdings stellt sich gerade die Etappe über die Anden als die



»Stricken ohne Wolle«

Streitschrift für die Bildung

tag hat Lehrerverbands-Präsident Josef Kraus sich selbst ein ganz besonderes Geschenk gemacht...

Zu seinem 60. Geburtstag hat Josef Kraus sich selbst ein ganz besonderes Geschenk gemacht...

Josef Kraus hält an der Hauptschule fest

Kraus Festhalten an mehrgliedrigem Schulwesen, seine Ablehnung der Gesamtschule als „Wohlfühlschule mit Abiturvollkaskoanspruch“...

Ferner warnt Kraus vor den Folgen des Lehrermangels für den Standort Deutschland...

Josef Kraus: »Ist die Bildung noch zu retten? Eine Streitschrift«...

Alle Bücher sind über den PMD, Telefon (03 41) 6 04 97 11, zu beziehen.



Ein Segen für Kranke

Die Geschichte der schlesischen Bäderlandschaft – Auch als Reiseführer von Nutzen

berfasst sich seit Jahrzehnten mit Historischer Bildkunde. Dabei gelangen ihr zum Teil sensationelle Entdeckungen...

Bergluft, was ihre Attraktivität noch erhöhte. So entstand entlang der Gebirge, von der schlesischen Lausitz bis zum mährischen Altvaergebirge...

Schon im ausgehenden Mittelalter suchten Kranke bei diesen Quellen Heilung von ihren Gebrechen...

Surrile Anekdoten aus dem Badeleben

tergebirge und am Westhang von Iser- und Riesengebirge. Sie stellt die einzelnen 18 Bäder vor mit ihrer Geschichte...



Deutsche Pionierleistung

Zahlreiche Hindernisse verzögerten den Bau der Bagdadbahn

Während seine Verdienste produktive Erfolge in der industriellen waren kümmerte sich Georg von Siemens um die Finanzierung der zukunftsweisenden Projekte...

niere unwirtlichen Gegenden würdigt er, auch auf ihre Hartnäckigkeit geht er ein. Denn nicht nur im unter ersten Auflösungserscheinungen leidenden Osmanischen Reich unter Sultan Abdülhamid II...

rem Glauben auferlegte Reise nach Mekka erleichterte. Doch der Bau der Bahn erwies sich als langwierig. Politische Entwicklungen, regional begrenzte kriegerische Konflikte...

Kaiser Wilhelm II. war begeistert

Während das Interesse an einer von Deutschen erbauten Bagdadbahn beim Kaiser eher naiv und sporadisch war, hatte der Bankier Georg von Siemens knallharte wirtschaftliche Gründe für die Finanzierung des Projektes...

manen im Heiligen Krieg gegen die Briten erbittet. Auch belegte der Autor anhand zahlreicher Zeitzeugenberichte, dass der Völkermord an den christlichen Armeniern von vielen Seiten nach Deutschland drang...

Letztendlich erfüllte die Bahnstrecke nie die in sie gesetzten Erwartungen. Weder wirtschaftlich noch geostrategisch erlangte sie die erhoffte Bedeutung...

Rebecca Bellano

Wolfgang Korn: »Schienen für den Sultan – Die Bagdadbahn: Wilhelm II., Abenteurer und Spione«...



Deutschlands erste Ärztin

Das Leben der Hope Bridges Adams-Lehmann – 2010 im ZDF

In »Dr. Hope – Eine Frau gibt nicht auf« schildern Thorsten Dewi und Katrin Tempel, wie eine Wissensbegierige junge Frau sich Ende des 19. Jahrhunderts gegen den Willen ihrer Familie und entgegen sämtlichen Konventionen dazu entscheidet, Medizin zu studieren...

men in Leipzig Medizin zu studieren. Zu dieser Zeit war es jedoch noch nicht üblich, dass Frauen studieren, weshalb sich Hope und ihre Freundin Marie an der Universität von Professoren wie Studenten einiges gefallen lassen müssen...

An der Seite ihrer großen Liebe, ihres zweiten Ehemannes Carl Lehmann, eröffnet sie eine Praxis in München und 1904 erhält sie nachträglich die Berechtigung zur Führung eines Dokortitels.

schichte einer starken, visionären Frau, die ihrer Zeit in vielen Dingen weit voraus war und es wagte, sich gegen das enge Korsett gesellschaftlicher Konventionen nicht nur aufzulehnen...

Nach dem Tod ihres Vater, dem englischen Publizisten und Eisenbahnkonstruktors William Bridges Adams, zieht die junge Hope Bridges Adams mit ihrer Mutter 1872 zu einer Verwandten nach Dresden.

Immer wieder legen gesellschaftliche Konventionen und männliche Vorurteile Hope Steine in den Weg. Doch gelingt es ihr stets, auch dank ihrer starken Freundinnen in der Frauenbewegung, diese zu überwinden...

Doch trotz Hopes Kampfeswillen gegen bornierte gesellschaftliche Ansichten fordern die Schwinducht und schließlich Carls Tod an der Front des Ersten Weltkrieges ihren Tribut.

Das Leben von Hope Bridges Adams-Lehmann wurde 2008 mit Heike Makatsch in der Hauptrolle als TV-Zweiteiler für das ZDF verfilmt und wird im Frühjahr 2010 gesendet.

Thorsten Dewi, Katrin Tempel: »Dr. Hope – Eine Frau gibt nicht auf«...

Ein Segen für Kranke

Die Geschichte der schlesischen Bäderlandschaft – Auch als Reiseführer von Nutzen

berühmte und hochrangige, internationale Kurgäste und kulturelle Ereignisse. Wer weiß schon, dass Friedrich der Große und der spätere amerikanische Präsident John Quincy Adams in Bad Landeck und König Friedrich Wilhelm II, Zar Alexander von Russland, Felix Mendelssohn Bartholdy und 1826 Frederic Chopin in Bad Reinerz Heilung und Erholung suchten und fanden?

Stiftung Kulturwerk Schliesen in Würzburg und aus verschiedenen anderen Sammlungen und Instituten. Es ist eine naturgemäß oft etwas wehmütige Rückschau in eine wie

Wehmütige Rückschau auf Untergegangenes

es scheint heile und zumindest in dieser Form untergegangene Welt, in der es in der »Guten Gesellschaft« üblich war, im Sommer »ins Bad zu fahren«.

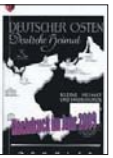
den den Abschluss des schönen Buches. Sie zeigen, dass vor allem nach der »Wende« in Polen und Tschechien die heutigen Bewohner und Betreiber um diese ihnen zugefallenen Schätze bemüht sind.

Das Buch erschien mit deutschem und polnischem Text sowie mit zwei Übersichtskarten mit deutschen und polnischen beziehungsweise tschechischen Ortsnamen. Da nicht nur eine reiche Literaturübersicht angefügt ist, sondern auch die Anschriften der einzelnen Kurverwaltungen, ist das Buch auch als »Schlesischer Bäderführer« von aktuellem Nutzen.

Sigismund Freiherr von Zedlitz

Erinnerung an die »Ostkunde«

Bis in die 70er Jahre hatte die »Ostkunde« noch einen festen Platz im Schulunterricht. Auf der Grundlage des Bundesvertriebenengesetzes wurde damit sichergestellt, dass die deutschen Ostprovinzen und das Sudetenland, aber auch die DDR nicht nach und nach aus dem Bewusstsein der (Bundes-)Deutschen verschwinden.



Angelika Marsch: »Kur- und Bäderorte Schlesiens – einst und jetzt«...

»Deutscher Osten – Deutsche Heimat«, Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Lehrer und Erzieher e.V. München 2009, gehftet, 80 Seiten, 7 Euro.

Francois-Emmanuel Brézet
Die Deutsche Kriegsmarine
Von allen Wehrmachtteilen war die Marine bei Kriegsausbruch am schlechtesten auf den »Ernstfall« vorbereitet, schon gar nicht auf einen mit der stärksten Seemacht, mit Großbritannien als Gegner. Angesichts der gewaltigen Überlegenheit der alliierten Flotten schied die Kriegsmarine keine Chance an der Wahl zu haben, als - wie ihr Oberbefehlshaber, Großadmiral Raeder, bei Kriegsausbruch notierte - »mit Anstand zu sterben«.

sollte der Kriegsmarine mit der Rettung von zwei Millionen Flüchtlingen aus dem Ostseeraum erst bei Kriegsende eine historische Tat gelingen. Mit einem Vorwort von Kapitän zur See a. D. Dr. Werner Rahn.



Geb., 448 Seiten mit 12 Übersichtskarten Best.-Nr.: 3561

statt € 34,00 nur noch € 14,95



Christian Graf von Krockow
Begegnung mit Ostpreußen
Geb., 318 Seiten, mit Abb. Best.-Nr.: 6608, € 14,95



Wulf D. Wagner
Kultur im ländlichen Ostpreußen, Bd. 1
Geb., 715 S., zahlr. Abb Best.-Nr.: 6747, € 39,95



Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten Best.-Nr.: 6825, € 16,80

Kultur im ländlichen Ostpreußen, Bd. 2
Menschen, Geschichte und Güter im Kreis Gerdauden
Der Kreis Gerdauden gehörte aufgrund seiner zahlreichen Güter und der Wiederaufbauarchitektur des Ersten Weltkrieges zu den kulturgeschichtlich interessantesten Kreisen Ostpreußens. Wulf Wagner dokumentiert anhand bisher weitgehend unveröffentlichten Akten- und Bildmaterials die Geschichte und Baugeschichte des Kreises, seiner Städte und Güter sowie die Entstehung einer großräumigen Kulturlandschaft. Nach Band I, der neben der historischen Einführung das alphabetische Verzeichnis der Güter von A bis H enthält, wird im zweiten Band die Dokumentation der Güter von Kanoten bis Woninkeim fortgesetzt. Im Mittelpunkt der einzelnen Kapitel steht neben dem Gutshaus jeweils die Besitzerfamilie als Anhaltspunkt für die historische, kulturelle und landschaftliche Bedeutung des betreffenden Landzuges. Eine Vielzahl privater Bilder, Erinnerungen und Geschichten macht das Buch lebendig und facettenreich. Der Anhang umfasst neben einem Nachwort des Verfassers Erläuterungen, Abkürzungen, ein Literaturverzeichnis sowie ein Personen- und ein Ortsregister.



Geb., 715 Seiten mit zahlreichen Abbildungen Best.-Nr.: 6828

€ 39,95



Alexander Fürst zu Dohna-Schlöbitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Geb., 384 Seiten, 66 Abb. Best.-Nr.: 1211, € 14,95



Meinhard Stark
Frauen im Gulag
Alltag u. Überleben 1936-1956
Geb., 552 Seiten Best.-Nr.: 4054
statt € 32,90 nur € 19,95



Erzählungen aus der Wirtschaft
Geb., 167 Seiten Best.-Nr.: 6835
statt € 10,95 nur € 6,95



Die Kinder von Moorhusen
Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen Best.-Nr.: 1039, € 16,95



Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten Best.-Nr.: 3926, € 22,00



Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten Best.-Nr.: 5990, € 16,95



lesensWERT! Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

und Traumata und die hinterbliebenen Familien in ihrem Schmerz allein gelassen. Heike Groos diente als Oberstabsärztin der Bundeswehr viele Monate am Hindukusch. In ihrem Buch gewährt sie als erste deutsche Soldatin einen Einblick in die Welt der Soldaten, Sanitäter und Ärzte. Sie schildert, was in Menschen vorgeht, die in ständiger Bedrohung leben, erzählt auf eindrückliche Weise, wie der Krieg die menschliche Seele verletzt und kritisiert ein System, das noch keine Wege gefunden hat, seinen Veteranen beizustehen.



Geb., 272 Seiten Best.-Nr.: 6838

€ 18,95



Wolfgang Budde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Kart., 191 Seiten Best.-Nr.: 3800
statt € 9,90 nur noch € 4,95



Erwin Peter (Hg.)
Von Workuta bis Astrachan
Geb., 367 Seiten Best.-Nr.: 3437
statt € 26,90 nur noch € 14,95



Harald Saul
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten Best.-Nr.: 6820
statt € 15,90 nur € 7,95

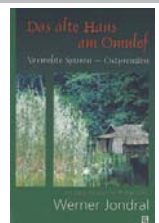


Herfried Münkler
Die neuen Kriege
Geb., 284 Seiten Best.-Nr.: 6833
statt € 15,90 nur € 9,95



Arthur Boje
Stalins deutsche Agenten
Ein Kriegsgefangener berichtet
Geb., 208 Seiten Best.-Nr.: 3103
statt € 19,90 nur noch € 9,95

Heike Groos
Ein schöner Tag zum Sterben
Als Bundeswehrärztin in Afghanistan
Das erste Buch über das Trauma der Bundeswehr Weinende Mütter, verzweifelte Ehepartner, verstörte Kinder. Seit Beginn des Anti-Terror-Kampfes in Afghanistan 2001 gehört der Krieg auch in Deutschland zur Realität in vielen Soldatenfamilien. Doch weder Politiker noch Bundeswehrführung stellen sich ausreichend dieser Situation. Heimgekehrt von ihrem Einsatz werden die Soldaten mit ihren Ängsten



Werner Jondral
Das alte Haus am Omulef
Verwehte Spuren-Ostpreußen
Geb., 256 Seiten Best.-Nr.: 6797, € 16,80



Ulla Lachauer
Land der vielen Himmel
Memelländer Bilderbogen
Geb., 158 Seiten, Bild-/Textband Best.-Nr.: 2018
statt € 24,90 nur € 14,95



Andreas Kossert
Ostpreußen - Geschichte und Mythos
Geb., 448 Seiten Best.-Nr.: 6840
statt € 24,90 nur € 14,95



Andreas Kossert
Masuren, Ostpreußens vergessener Süden
Kart., 432 Seiten Best.-Nr.: 6839
statt € 12,90 nur € 6,95



Faszination Masuren - Kalender 2010



Sonderpreis
Geliebtes Ostpreußen
statt € 6,40 nur € 2,95

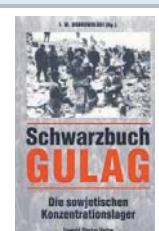
Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 S., Best.-Nr.: 5209



Ilsa Ilanganke
Und die Sehnsucht bleibt
Eine ostpreußische Biographie
Best.-Nr.: 6503, € 12,80



Masuren-Fibel
Reprint der Originalausgabe von 1929. Geb., 120 Seiten, durchgehend Farbbildungen, Format: 17 x 24 cm, Best.-Nr.: 4787
statt € 16,95 nur € 9,95



I. W. Dobrowolski (Hg.)
Schwarzbuch Gulag
Geb., 312 Seiten mit Zeichnungen Best.-Nr.: 3117
statt € 29,90 nur noch € 14,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

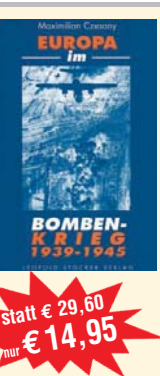


So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatisches Erinnern und Bewahren verbindet und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte. Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder - Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50. Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin, Marion Lindt, 2:45. Goldpater Kirmestanz (Volksweise), 0:48. De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußens“ erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land“ gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen“ den wohl schönsten lyrischen Ton.

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertelkes und nostalgisch-nostalgischen Gedichten zu einem unvergesslichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußens“ erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land“ gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen“ den wohl schönsten lyrischen Ton.

Wunderschöne Aufnahmen aus dem Masurischen Landschaftspark
14 Blätter mit 13 großformatigen Fotografien auf edlem 170 g Kunstdruckpapier, Spiralbindung, Kalenderformat (Breite x Höhe): 29,7 cm x 42 cm (DIN A3), hochwertiger Viertarboffsetdruck mit Drucklackierung, Kalenderium und Bildunterschriften, 3-sprachig (Deutsch/Englisch/Polnisch) Best.-Nr.: 6827

Maximilian Czesany
Europa im Bombenkrieg 1939-1945
Das Standardwerk zum strategischen Bombenkrieg im Zweiten Weltkrieg, dessen Auswirkungen auf siebzehn verschiedene europäische Länder behandelt werden. Der Autor schildert minutiös den Ablauf sowie die Verluste an Menschenleben und Kulturgütern: Ein Buch, das vor den Folgen jedes Krieges, besonders aber vor menschen- und völkerrechtswidriger Kriegsführung warnen will.
Geb., 744 Seiten, Bildtafeln u. Ktn-Skizzen Best.-Nr.: 1076
€ 14,80



statt € 29,60 nur € 14,95

Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen
Über 1.200 Rezepte
Geb., 632 Seiten Best.-Nr.: 1354, € 19,95



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Achtung! Neue Adresse Achtung!
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preussischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung, Versandkostenpauschale € 4,00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Postgebühren berechnet. Videotext, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon table with columns: Menge, Best.-Nr., Titel, Preis. Includes fields for Vorname, Name, Straße/Nr., Telefon, PLZ/Ort, and Unterschrift.

